



PKBS

Pensionskasse Basel-Stadt

2017

Geschäftsbericht und
Jahresrechnung



Pensionskasse Basel-Stadt
Clarastrasse 13
Postfach
4005 Basel



printed in
switzerland

Gestaltung: Pensionskasse Basel-Stadt
Druck: Gremper AG
Foto: Christoph Hurni

Kennzahlen

	31.12.2017	31.12.2016
Angeschlossene Arbeitgeber	68	70
in Teilkapitalisierung	7	7
in Vollkapitalisierung	61	63
Versicherte Lohnsumme in Mio. CHF	1'368.9	1'339.1
Aktivversicherte	23'016	22'537
Rentenbeziehende	15'683	15'643
Verhältnis Aktivversicherte zu Rentenbeziehende	1.47:1	1.44:1
Gesamtvermögen in Mio. CHF	12'770.0	12'014.8
Performance	7.31%	4.02%
Deckungsgrad Gesamtkasse	102.5%	97.5%
Durchschnitt Teilkapitalisierung	101.3%	96.5%
Durchschnitt Vollkapitalisierung	109.5%	103.8%
Technischer Zins	3.0%	3.0%
Umwandlungssatz im Alter 65	5.8%	5.8%
Versicherungstechnische Grundlagen	VZ 2010 (Periodentafeln)	VZ 2010 (Periodentafeln)
Verwaltungskosten pro Destinatär in CHF	150	168
Vermögensverwaltungskosten in Prozenten des Anlagevermögens	0.24%	0.22%
Anzahl Mitarbeitende Geschäftsstelle in Vollzeitäquivalenten	33.8	31.7

Inhalt

KENNZAHLEN 3

GESCHÄFTSBERICHT

Das Geschäftsjahr im Überblick	5
Allgemeines Börsen- und Wirtschaftsgeschehen	5
Finanzielle Lage	6
Organisatorische Veränderungen	6
Tätigkeitsbericht	7
Nachhaltigkeit der Vermögensanlagen	8

JAHRESRECHNUNG

Bilanz	9
Betriebsrechnung	10
Anhang	12
1. Grundlagen und Organisation	12
2. Aktivversicherte und Rentenbeziehende	16
3. Art der Umsetzung des Zwecks	18
4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit	20
5. Versicherungstechnische Risiken/Risikodeckung/Deckungsgrad	22
6. Erläuterungen der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage	28
7. Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung	40
8. Auflagen der Aufsichtsbehörde	43
9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage	44
10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	45
11. Abkürzungen und Begriffe	46

BERICHT DER REVISIONSSTELLE 49

Das Geschäftsjahr im Überblick

Allgemeines Börsen- und Wirtschaftsgeschehen

Konjunktur

Das vergangene Jahr sorgte in vielen Bereichen für Überraschungen. Dies gilt sowohl für die internationale Politik als auch für die Finanzmärkte. Die Resultate der Wahlen in mehreren Nachbarländern zerstreuten die Befürchtungen einer sich verschärfenden EU-Krise nach den Brexit-Diskussionen. Im Gegenteil: Es machte sich sogar Hoffnung auf neuen Schwung innerhalb der EU und auf eine Lösung der drängendsten Probleme breit. Eine ähnlich positive Stimmung liess sich auch an den Finanzmärkten beobachten. Mit der Beschleunigung der globalen Wachstumskräfte wurde auch die Erwartung von steigenden Unternehmensgewinnen geschürt.

Erstmals seit der Finanzkrise vor neun Jahren liess sich 2017 ein synchroner, globaler Aufschwung feststellen. Das Wirtschaftswachstum in den USA und Asien setzte sich fort und auch der Euroraum gewann zunehmend an Fahrt. Von der Wachstumsdynamik in der EU profitierte auch der Euro, der sich gegenüber dem Schweizer Franken und dem US-Dollar deutlich erholte. Das dürfte auch der Schweizer Wirtschaft Vorteile bringen. Das anhaltende Wirtschaftswachstum stärkte weltweit auch die Beschäftigung und führte in vielen Ländern zu rekordtiefen Arbeitslosenzahlen.

Kapitalmarkt

2017 war ein erfreuliches Aktienjahr. Die Börsennotierungen überstiegen deutlich die Erwartungen. Trotz vielfältiger politischer Unklarheiten erklommen die US-Leitindizes

praktisch schwankungslos neue Höchststände. Auch geopolitische Spannungen wurden von den Märkten nahezu ausgeblendet und so erfreuten sich die Börsen weltweit bester Stimmung.

Die US-Notenbank Fed nutzte das positive Umfeld zu weiteren Zinserhöhungen und begann im Herbst mit der Rückführung ihrer Bilanzsumme. Die Europäische Zentralbank EZB kündigte ebenfalls erste Schritte zur Verlangsamung ihrer Anleihenkäufe an. In der Folge stiegen die Zinsen für längere Laufzeiten moderat an. Die EZB sowie die Schweizerische Nationalbank liessen die Zinsen auf weiterhin tiefem Niveau unverändert.

Immobilien

Lange gab es für die Immobilienpreise in der Schweiz nur eine Richtung: aufwärts. 2017 kühlte sich der Immobilienmarkt erstmals etwas ab und das Preiswachstum verlangsamte sich. Dies hat seine Ursachen sowohl in der etwas nachlassenden Nachfrage aufgrund einer rückläufigen Zuwanderung als auch in einer Ausweitung des Angebots aufgrund einer weiterhin hohen Bautätigkeit. Gewerbeliegenschaften und insbesondere der Büroflächenmarkt befinden sich aufgrund der Nachfragestruktur im Wandel. Die Vermietung von älteren Bestandesflächen ist unter Druck geraten. Investoren sind bestrebt, die Nutzung ihrer Immobilien zu optimieren. Trotz guter Kapazitätsauslastung und gut gefüllter Auftragsbücher agieren die Unternehmen bei Zumieten von Flächen zurückhaltend.

Finanzielle Lage

Das allgemeine Börsen- und Wirtschaftsgeschehen hatte einen direkten Einfluss auf die positive Entwicklung der Pensionskasse Basel-Stadt. Insbesondere dank den Entwicklungen an den Aktienmärkten erarbeitete sich die PKBS eine gute Gesamtrendite von 7.31%, welche die Sollrendite von 3.6% wesentlich übertrafen und dadurch den Gesamtdeckungsgrad ausgebaut hat. Dieser erhöhte sich per Ende 2017 um 5 Prozentpunkte auf 102.5%.

Die gute Performance führte damit auch bei vielen Vorsorgewerken zur einer sehr erfreulichen Verbesserung des Deckungsgrades sowohl im Bereich der Teilkapitalisierung als auch im Bereich der Vollkapitalisierung. Der durchschnittliche Deckungsgrad bei den Vorsorgewerken in Teilkapitalisierung konnte um 4.8 Prozentpunkte auf 101.3% und bei den Vorsorgewerken in Vollkapitalisierung um 5.7 Prozentpunkte auf 109.5% gesteigert werden.

Organisatorische Veränderungen

Verwaltungsrat

2017 wurde der Verwaltungsrat neu gewählt. Seine Konstituierung für die Amtsperiode 2017–2021 fand am 15. Juni 2017 statt. Seitens der Arbeitnehmervertretung wurden die bisherigen Mitglieder Ruedi Rechsteiner, Beat Siegenthaler, Christoph Tschan, Dora Weissberg und Daniel Wittlin für den Wahlkreis Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung bestätigt. Für den Wahlkreis der Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung wurde Elke Müller neu gewählt.

Seitens der Arbeitgebervertretung bestätigte der Regierungsrat die bisherigen Mitglieder Mario Da Rugna, Peter Erismann, Eva Herzog, Andi Hoppler und Christoph Tschumi und berief Sarah Thönen als neues Mitglied.

Antonina Stoll, Arbeitgebervertreterin, und Franco Nebel, Arbeitnehmervertreter, stellten sich nicht mehr für die neue Amtsperiode zur Verfügung. Peter Erismann (Arbeitgeber-Vertreter) und Christoph Tschan (Arbeitnehmer-Vertreter und bisheriger Präsident) wurden vom Verwaltungsrat ins Präsidium berufen. Turnusgemäss übernahm der Arbeitgeber-Vertreter den Vorsitz für die erste Hälfte der Amtsperiode.

Anlageausschuss

Im Rahmen der jährlichen Wiederwahl stellten sich zwei langjährige Mitglieder nicht mehr zur Verfügung. Dr. Urs

Ernst und Dr. Hans Näf zogen sich im September 2017 altershalber aus ihrer Gremienarbeit zurück. Dr. Urs Ernst präsierte den Anlageausschuss seit 2004 und hatte dabei massgeblichen Anteil an der Professionalisierung des Entscheidungsprozesses des Gremiums. Ebenfalls seit den Anfängen dabei war Dr. Hans Näf, der als Kenner der Immobilienbranche die Weiterentwicklung der Immobilienanlagen massgeblich steuerte.

Aufgrund der geplanten Rücktritte und der zunehmenden Komplexität der Vermögensanlagen wurde der Anlagelageausschuss im Oktober 2017 mit drei neuen Anlageexperten aus unterschiedlichen Fachrichtungen ergänzt. Der Anlageausschuss setzt sich somit neu aus sieben statt wie bisher sechs Mitgliedern zusammen. Der Verwaltungsrat hat die neuen Mitglieder Steven Kaufmann, Andreas Kressler und Ivana Reiss sowie die bisherigen Mitglieder Thomas Hagen, Prof. Dr. Yvan Lengwiler, Felix Spiegel und Dr. Michael Theurillat für ein Jahr bestätigt.

Weiter wurde Thomas Hagen zum neuen Präsidenten gewählt. Aufgrund der erwähnten Rücktritte wurde auch der Immobilienausschuss im Oktober 2017 mit zwei neuen Mitgliedern ergänzt. Der Anlageausschuss hat neu Thomas Hagen und Andreas Kressler gewählt und bestätigte die bisherigen Mitglieder Max-Eric Laubscher und Felix Spiegel in ihrem Amt.

Tätigkeitsbericht

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat traf sich im Berichtsjahr zu vier ordentlichen und zwei weiteren Sitzungen sowie einem Workshop. Der Prüfungsausschuss tagte im gleichen Zeitraum fünfmal und der Ausschuss für Personalfragen viermal.

Ende 2016 wurden die neuesten versicherungstechnischen Grundlagen VZ 2015 veröffentlicht, welche auf dem Datenmaterial der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen aus den Jahren 2011–2015 beruhen. Der Verwaltungsrat konnte in diesem Zusammenhang feststellen, dass sich gegenüber den geltenden Grundlagen VZ 2010 die Zunahme der Lebenserwartung bei den Männern im Alter 65 um 0.77 Jahre und bei den Frauen im Alter 64 um 0.16 Jahre erhöht hat. Gleichzeitig konnte er feststellen, dass die Invaliditätswahrscheinlichkeiten gegenüber VZ 2010 sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen stark gesunken sind. Er hat in der Folge beschlossen, die neuen Grundlagen VZ 2015 zu übernehmen.

Unter Kenntnisnahme der Fachrichtlinie 4 der Schweizerischen Kammer der Pensionskassen-Experten zum technischen Zinssatz und der darauf abgestützten Empfehlung des Pensionskassenexperten hat der Verwaltungsrat unter gleichzeitiger Berücksichtigung der anhaltenden Tiefzinsphase im Bereich der Nominalwertanlagen sowie der Volatilität der Aktienmärkte beschlossen, den technischen Zinssatz von 3 auf 2.5 Prozent zu senken. Beide Massnahmen werden auf den 1. Januar 2019 wirksam und führen zu einer Senkung des Umwandlungssatzes von 5.80 auf 5.44 Prozent im Alter 65. Die Risikoprämie Invalidität und Tod erfährt ebenfalls eine Senkung.

Die Vorsorgewerke haben grundsätzlich die Möglichkeit – je nach ihren übrigen finanziellen Rahmenbedingungen – am bisherigen Umwandlungssatz im Alter 65 festzuhalten. Abfederungen werden mithilfe einer zeitlich verzögerten Senkung des Umwandlungssatzes über drei Jahre gewährt.

Weil für einige Rentnervorsorgewerke keine konstruktive Lösung für die Ausfinanzierung einer bestehenden Unterdeckung gefunden werden konnte, wurde ein Klageverfahren eingeleitet. Das Verfahren wird im kommenden Geschäftsjahr fortgesetzt.

Im Rahmen der jährlichen Überprüfung der Anlagestrategie entschied sich der Verwaltungsrat mit der Einführung der Anlageklasse Insurance Link Securities für einen leichten Ausbau der Alternativen Anlagen sowie einen leichten Rückgang der Obligationen und beschloss, bezüglich Rüstungsindustrie die Ausschlussliste des Schweizer Vereins für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen zu übernehmen.

Gestützt auf die Richtlinie zur Festlegung der Zinssätze fasste er die erforderlichen Beschlüsse, welche die Verzinsung der Arbeitgeberbeitragsreserve ohne Verwendungsverzicht sowie die Sparkapitalien der invaliden Versicherten für das Jahr 2018 umfassen. Er beschloss – wie im Geschäftsjahr 2017 – die Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht nicht zu verzinsen und legte für die Sparkapitalien der invaliden Versicherten einen Zinssatz von 1 Prozent fest.

Der Verwaltungsrat schuf zudem die Voraussetzungen dafür, dass die Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung ab dem 1. Januar 2018 die Möglichkeit haben, für eine Verzinsung der Sparkapitalien maximal im Umfang des technischen Zinssatzes zu sorgen, sofern der Arbeitgeber für die entsprechende Finanzierung aufkommt, wenn Deckungsgrad und Performance eine entsprechende Verzinsung nicht ermöglichen.

Schliesslich schuf er die Voraussetzungen für die fristgerechte Umsetzung der seit dem 1. Januar 2017 geltenden Änderungen des Vorsorgeausgleichs bei Scheidung, des Unfallversicherungsgesetzes und dessen Verordnung sowie des Finanzmarktinfrastukturgesetzes.

Nach langjähriger und sehr guter Zusammenarbeit mit der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers AG war der Zeitpunkt für einen Wechsel gekommen. Der Verwaltungsrat wählte die Ernst & Young AG zur neuen Revisionsstelle der PKBS. Die Ernst & Young AG wurde erstmals für die Prüfung der Jahresrechnung 2017 zuständig.

Anlageausschuss

Die Überprüfung der Mandatsstruktur, die Überwachung der Mandatsnehmer sowie die taktische Asset Allocation gehören neben der Überprüfung der Anlagestrategie zu den wesentlichen Aufgaben des Anlageausschusses. Dieser traf sich 2017 zu zwölf ordentlichen und einer aus-

serordentlichen Sitzung. Ein Geschäft wurde per Telefonkonferenz und ein Antrag auf dem Zirkularweg behandelt.

Vorsorgekommissionen

Alle Vorsorgewerke verfügten im Berichtsjahr über Vorsorgekommissionen. Allfällige Vakanzan in Folge Mutationen wurden durch Ersatzwahlen wiederbesetzt.

Die Vorsorgekommissionen nahmen die Rundschreiben der PKBS sowie deren Einnahmen- und Ausgabenrechnung der PKBS zur Kenntnis. Sie fassten die Beschlüsse über die Zinssätze für die Sparkapitalien 2017 sowie zur Gewährung eines allfälligen Teuerungsausgleichs für laufende Renten. Der vom Regelwerk vorgesehene Ersatzbeschluss der Geschäftsleitung musste nie angewendet werden. Teilweise zogen die Vorsorgekommissionen die Geschäftsstelle für Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen bei.

Im Zusammenhang mit Vorsorgewerken in Unterdeckung wurden die Verhandlungen über Sanierungsmassnahmen sowie laufende Sanierungsmassnahmen zur Behebung der Unterdeckungen im Berichtsjahr weitergeführt.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle bereitete die Wahlen des Verwaltungsrats, des Anlageausschusses und der Revisionsstelle vor. Sie unterstützte den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse bei der Vorbereitung und Umsetzung der erwähnten Entscheide.

Der neue Eingangsbereich zur Geschäftsstelle sowie der Beitrag der PKBS an die Aufwertung der Clarastrasse durch die Ermöglichung des Restaurant- und Kulturbetriebes KLARA in ihrem Geschäftsgebäude, unterstreichen die Offenheit der Kasse gegenüber notwendigen Veränderungen.

Die Sanierung der Rentnervorsorgewerke in Unterdeckung und deren Begleitung bei der Integration in Vorsorgewerke bei der PKBS oder einer anderen Vorsorgeeinrichtung bilden eine ständige Herausforderung. Gegen ein erstes Vorsorgewerk wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet, um die Klärung der Positionen voranzutreiben.

Die Formalisierung des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie das Schaffen der Voraussetzungen für die Einführung der elektronischen Archivierung haben einige Ressourcen gebunden. Gleichwohl bewältigte die Geschäftsstelle das aktuelle Tagesgeschäft und senkte die Verwaltungskosten gegenüber dem Vorjahr.

Mit periodischen Rundschreiben, der halbjährlich erscheinenden Hauszeitung ASPEKTE, dem Kundenanlass und den Personalorientierungen informierte die Geschäftsstelle über aktuelle Themen. Zudem leistete sie individuelle Unterstützung und Beratung für ihre Kunden. Mit der Zustellung der jährlichen Vorsorgeausweise an alle Aktivversicherten und der Einnahme- und Ausgabenrechnung an die Vorsorgewerke kam sie ihren weiteren Informationspflichten nach.

Nachhaltigkeit der Vermögensanlagen

Berücksichtigung der ESG-Kriterien (Environmental, Social and Governance)

Die PKBS verfolgt in ihren Vermögensanlagen einen Nachhaltigkeitsansatz und bekennt sich zu ihrer ökologischen und sozialpolitischen Verantwortung. Dazu setzt sie vorrangig auf die Instrumente Engagement (Dialog), Wahrnehmung der Aktionärsrechte (Stimmrechte) und Ausschlusspolitik (Ausschlussliste). Internationale Abkommen und Initiativen wie beispielsweise die United Nations Principles for Responsible Investing (UNPRI), United Nations Global Compact oder Montréal Carbon Pledge werden nicht direkt, sondern via Ethos Engagement Pool umgesetzt.

Die Pflege und Weiterentwicklung der ESG-Politik ist ein stetiger Prozess. Im Berichtsjahr wurden die Ausschluss-

kriterien erweitert. Die Ausschlusspolitik wurde in Anlehnung an den Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK-ASIR+) implementiert. Dieser publiziert eine Liste von Rüstungsfirmen, die geächtete Waffen produzieren. Bei den Unternehmen handelt es sich um Firmen, deren Produkte gegen Schweizer Gesetze und international anerkannte Konventionen verstoßen. Derzeit werden 15 Firmen, namentlich aus den Bereichen Antipersonenminen, Streumunition und Nuklearwaffen auf der Liste geführt. Diese Unternehmen sind aus sämtlichen Mandaten der Pensionskasse explizit ausgeschlossen, womit entsprechende Investitionen nicht zulässig sind. Im Weiteren hat der Verwaltungsrat eine Arbeitsgruppe bestimmt und diese beauftragt, ergänzende Handlungsoptionen zu evaluieren.

Bilanz

Aktiven	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	Referenz
Vermögensanlagen				
Flüssige Mittel und Geldmarktanlagen	979'760'068	612'384'805	367'375'263	
Forderungen	19'701'012	14'895'059	4'805'953	
Forderungen gegenüber Arbeitgebern	35'094'029	17'384'820	17'709'209	6.11
Obligationen	2'568'826'320	2'746'352'985	-177'526'665	
Darlehen	698'994'464	688'582'707	10'411'757	
Aktien und ähnliche Wertpapiere	3'904'502'043	3'729'989'024	174'513'019	
Hypotheken	667'263'666	671'052'773	-3'789'107	
Immobilien	3'122'527'909	3'010'610'947	111'916'962	7
Alternative Anlagen	746'256'606	485'264'074	260'992'532	
Total Vermögensanlagen	12'742'926'117	11'976'517'193	766'408'923	
Aktive Rechnungsabgrenzungen	27'082'222	38'295'105	-11'212'883	7
Total Aktiven	12'770'008'339	12'014'812'298	755'196'040	
Passiven				
Verbindlichkeiten				
Freizügigkeitsleistungen und Renten	20'403'279	27'461'039	-7'057'761	
Andere Verbindlichkeiten	1'026'278	1'535'320	-509'042	
Total Verbindlichkeiten	21'429'556	28'996'359	-7'566'803	
Passive Rechnungsabgrenzungen	25'274'121	24'697'245	576'876	7
Arbeitgeberbeitragsreserven (AGBR)				
AGBR ohne Verwendungsverzicht	38'829'739	59'327'783	-20'498'045	
AGBR mit Verwendungsverzicht	11'455'321	10'955'321	500'000	
Total Arbeitgeberbeitragsreserven	50'285'060	70'283'104	-19'998'045	6.11
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen				
Vorsorgekapital Aktivversicherte	5'216'887'461	5'073'755'165	143'132'296	5.2/5.3
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	6'737'543'178	6'795'517'970	-57'974'792	5.2/5.5
Technische Rückstellungen	424'601'913	331'842'766	92'759'147	5.2/5.6
Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen	12'379'032'552	12'201'115'902	177'916'650	
Wertschwankungsreserven	2'456'485'854	1'819'480'011	637'005'843	5.10
Teilkapitalisierungsanteil	-2'126'068'380	-2'090'731'059	-35'337'320	5.10
Freie Mittel / Unterdeckung				
Stand 01.01.2016		-117'542'413		
Zugänge (+) / Abgänge (-)		817'040		
Ertragsüberschuss 2016		77'696'110		
Stand 31.12.2016		-39'029'263		
Zugänge (+) / Abgänge (-)	0			
Ertragsüberschuss 2017	2'598'840			
Stand 31.12.2017	-36'430'423			
Total Passiven	12'770'008'339	12'014'812'298	755'196'041	

Betriebsrechnung

	2017	2016	Veränderung	Referenz
Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen				
Beiträge Arbeitnehmer	154'715'292	149'951'387	4'763'905	
Beiträge Arbeitgeber	325'613'384	391'694'628	-66'081'245	
Einmaleinlagen und Einkaufssummen	20'507'446	442'084'640	-421'577'193	
Sanierungsbeiträge und -einlagen	460'034	152'194	307'840	
Einlagen in die AG-Beitragsreserven	741'527	29'586'639	-28'845'112	
Entnahmen aus AG-Beitragsreserven zur Beitragsfinanzierung	-23'072'065	-4'194'734	-18'877'331	
Zuschüsse Sicherheitsfonds	2'072	3'389	-1'317	
Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	478'967'690	1'009'278'143	-530'310'453	7
Eintrittsleistungen				
Freizügigkeitsleistungen	126'957'449	177'510'417	-50'552'968	
Einzahlungen WEF-Vorbezüge / Scheidung	3'348'873	3'829'154	-480'281	
Übertragung bei kollektivem Eintritt	0	366'973	-366'973	
Total Eintrittsleistungen	130'306'322	181'706'544	-51'400'222	7
Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen	609'274'012	1'190'984'687	-581'710'675	
Reglementarische Leistungen				
Altersrenten	-430'426'631	-436'931'308	6'504'677	
Hinterlassenenrenten	-77'399'072	-76'880'037	-519'036	
Invalidenrenten	-51'186'539	-50'885'978	-300'561	
Übrige reglementarische Leistungen	-63'965	-493	-63'472	
Kapitalleistungen bei Pensionierung	-21'349'672	-17'958'562	-3'391'110	
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	-4'413'755	-4'189'010	-224'745	
Total Reglementarische Leistungen	-584'839'633	-586'845'388	2'005'754	
Austrittsleistungen				
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	-125'593'922	-151'845'657	26'251'735	
Übertragung von zusätzl. Mitteln bei kollektivem Austritt	0	-659'731	659'731	
Übertrag von Rentnerbeständen	-28'791'716	0	-28'791'716	
Vorbezüge WEF / Scheidung	-15'578'855	-15'689'968	111'114	
Total Austrittsleistungen	-169'964'493	-168'195'357	-1'769'136	
Abfluss für Leistungen und Vorbezüge	-754'804'126	-755'040'745	236'619	
Veränderung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven				
Veränderung Vorsorgekapital Aktivversicherte	-8'043'896	-571'563'182	563'519'286	5.3
Veränderung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	57'974'792	-467'150'677	525'125'469	5.5
Veränderung technische Rückstellungen	-92'759'147	-88'858'572	-3'900'575	5.6
Verzinsung des Sparkapitals	-135'088'400	-129'051'129	-6'037'271	
Veränderung von Beitragsreserven	19'998'045	-29'854'166	49'852'211	
Total Veränderung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven	-157'918'606	-1'286'477'725	1'128'559'119	

	2017	2016	Veränderung	Referenz
Versicherungsaufwand				
Beiträge an Sicherheitsfonds	-1'394'049	-1'183'090	-210'959	
Total Versicherungsaufwand	-1'394'049	-1'183'090	-210'959	
Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil	-304'842'769	-851'716'874	546'874'105	
Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage				
Nettoertrag aus:				
Flüssigen Mitteln und Geldmarktanlagen	-1'743'779	-792'895	-950'884	
Forderungen	-559'000	-408'333	-150'666	
Obligationen	39'690'626	58'534'641	-18'844'015	
Darlehen	7'687'854	7'942'094	-254'239	
Aktien und ähnlichen Wertpapieren	705'044'846	219'958'908	485'085'937	
Hypotheken	9'493'733	10'149'721	-655'987	
Immobilien	167'065'872	157'237'780	9'828'093	
Alternative Anlagen	18'042'514	26'345'573	-8'303'060	
Zinsaufwand auf Arbeitgeberbeitragsreserven	0	-436'730	436'730	
Kosten der Vermögensverwaltung	-29'952'673	-26'324'001	-3'628'672	6.9
Total Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage	914'769'994	452'206'757	462'563'237	6.8
Sonstiger Ertrag				
Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	158'573	159'279	-706	
Total sonstiger Ertrag	158'573	159'279	-706	
Verwaltungsaufwand				
Allgemeine Verwaltung	-5'573'462	-6'061'013	487'551	
Revisionsstelle und Experte für berufliche Vorsorge	-188'999	-323'542	134'543	
Aufsichtsbehörden	-55'975	-31'288	-24'687	
Total Verwaltungsaufwand	-5'818'436	-6'415'843	597'407	7
Ertrags-/Aufwandüberschuss vor Bildung/Auflösung Wertschwankungsreserven	604'267'362	-405'766'681	1'010'034'043	
Veränderung Wertschwankungsreserven	-637'005'843	-1'607'268'268	970'262'425	
Veränderung Teilkapitalisierungsanteil	35'337'320	2'090'731'059	-2'055'393'739	
Ertrags-/Aufwandüberschuss	2'598'840	77'696'110	-75'097'271	

Alle nachfolgend aufgeführten Werte verstehen sich in CHF, sofern nicht anders angemerkt.

1 Grundlagen und Organisation

1.1 Rechtsform und Zweck

Die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) ist eine öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie bezweckt die berufliche Vorsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates (Kanton Basel-Stadt) und der angeschlossenen Arbeitgeber und schützt die Versicherten und deren Angehörige gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität. Die PKBS garantiert in jedem Fall die Mindestleistungen gemäss BVG.

1.2 Registrierung BVG und Sicherheitsfonds

Die PKBS ist im Register für die berufliche Vorsorge des Kantons Basel-Stadt unter der Nummer BS 135 eingetragen und dem Sicherheitsfonds BVG angeschlossen. Sie ist Mitglied des Schweizerischen Pensionskassenverbands und verpflichtet sich somit, den Verhaltenskodex «ASIP-Charta» einzuhalten.

1.3 Rechtsgrundlagen der Pensionskasse Basel-Stadt

	Vom	Stand	Gültig ab
Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz; PKG)	04.06.2014	01.01.2016	01.01.2016
Organisationsreglement	19.06.2014	19.06.2014	25.07.2014
Reglement zur Governance	04.03.2015	04.03.2015	01.01.2015
Rahmenreglement Beitragsprimat	02.09.2015	02.09.2015	gültig bis 30.09.2017
	02.09.2015	25.10.2017	01.10.2017
Reglement Vorsorgekapitalien, Rückstellungen und Reserven	02.09.2015	02.09.2015	01.01.2016
Richtlinien zur Festlegung der Zinssätze	23.10.2014	23.10.2014	01.01.2016
Kostenreglement	02.09.2015	02.09.2015	01.01.2016
Anschlussreglement	13.11.2014	13.11.2014	01.01.2015
Teilliquidationsreglement	13.11.2014	13.11.2014	01.01.2016
Anlagereglement	26.11.2014	22.06.2016	01.07.2016
Personalreglement	20.10.2005	28.02.2008	28.02.2008
Reglement über die Wahl der Arbeitnehmer-Vertreterinnen und -Vertreter des Verwaltungsrats	26.10.2016	26.10.2016	26.10.2016

1.4 Oberstes Organ, Geschäftsführung und Zeichnungsberechtigung

Gemäss § 9 PKG sind die Führungsorgane der PKBS der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung. Weitere Organe sind die Vorsorgekommissionen sowie die Kontrollorgane (Revisionsstelle, die Expertin bzw. der Experte für berufliche Vorsorge).

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wird für eine Dauer von vier Jahren gewählt. Die vorgehende Amtsperiode endete per 31. Mai 2017. Die laufende Amtsperiode dauert vom 1. Juni 2017 bis 31. Mai 2021.

Sechs Mitglieder vertreten die Arbeitnehmerschaft. Davon wurden bis am 31. Mai 2017 vier Mitglieder durch die Aktivversicherten des Vorsorgewerks Bereich Staat und zwei Mitglieder durch die Aktivversicherten der übrigen Vorsorgewerke bestimmt. Seit dem 1. Juni 2017 werden fünf Mitglieder durch die Aktivversicherten der Vorsorgewerke

in Teilkapitalisierung und ein Mitglied durch die Aktivversicherten der Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung bestimmt. Die sechs Mitglieder der Arbeitgeberseite werden vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt bestimmt. Der Regierungsrat achtet auf eine angemessene Vertretung der verschiedenen Arbeitgeber und sorgt dafür, dass Frauen und Männer mindestens je zu einem Drittel vertreten sind (§ 10 PKG).

Arbeitgebervertretende	Funktion
Mario Da Rugna , lic. iur. Leiter Personal und Betrieb sowie Mitglied der Geschäftsleitung Universitätsspital Basel	Mitglied seit 2007 Vorsitzender des Ausschusses für Personalfragen
Peter Erismann , lic. rer. pol. Personalleiter und stellvertretender Generalsekretär des Bau- und Verkehrsdepartements Basel-Stadt	Mitglied seit 2009 Präsident ab 01.06.2017 Mitglied des Prüfungsausschusses bis 31.05.2017 Mitglied des Ausschusses für Personalfragen ab 01.06.2017
Eva Herzog , Dr. phil. Regierungsrätin und Vorsteherin des Finanzdepartements Basel-Stadt	Mitglied seit 2005
Andi Hoppler , lic. iur. Rechtsanwalt, Danuser & Hoppler Zürich	Mitglied seit 2007
Antonina Stoll , lic. iur. Rentnerin	Mitglied bis 31.05.2017 Vizepräsidentin des Verwaltungsrates bis 31.05.2017 Mitglied des Ausschusses für Personalfragen bis 31.05.2017
Sarah Thönen , lic. sc. pol. Leiterin Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz Basel-Stadt	Mitglied seit 01.06.2017 Mitglied des Prüfungsausschusses seit 01.06.2017
Christoph Tschumi , betr. oek. Verwaltungsdirektor Universität Basel	Mitglied seit 2015 Präsident des Prüfungsausschusses

Arbeitnehmervertretende	Funktion	Wahlkreis
Elke Müller Teamleiterin IT-Support Universität Basel	Mitglied seit 01.06.2017	Vollkapitalisierung
Franco Nebel Rentner; Mitglied der Geschäftsleitung beim PSVB (Personalverband städtische Verkehrsbetriebe Basel)	Mitglied bis 31.05.2017 Mitglied des Ausschusses für Personalfragen bis 31.05.2017	Teilkapitalisierung
Ruedi Rechsteiner , Dr. rer. pol. Selbstständiger Berater im Bereich Energie, Umwelt und Sozialpolitik	Mitglied seit 2009 Mitglied des Prüfungsausschusses	Teilkapitalisierung
Beat Siegenthaler Lehrer Kanton Basel-Stadt	Mitglied seit 2005	Teilkapitalisierung
Christoph Tschan , lic. rer. pol. Lehrer Kanton Basel-Stadt; Mitglied der Geschäftsleitung der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt (FSS) und des Leitenden Ausschusses der Kantonalen Schulkonferenz Basel-Stadt (KSBS)	Mitglied seit 2005 Präsident des Verwaltungsrats bis 31.05.2017 Vizepräsident des Verwaltungsrats ab 01.06.2017 Mitglied des Prüfungsausschusses	Teilkapitalisierung
Dora Weissberg , lic. iur. Rentnerin	Mitglied seit 2009 Mitglied des Ausschusses für Personalfragen	Teilkapitalisierung
Daniel Wittlin Kriminalkommissär für Wirtschaftsdelikte bei der Staatsanwaltschaft Kanton Basel-Stadt	Mitglied seit 2009	Teilkapitalisierung

Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung führt die laufenden Geschäfte der PKBS nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und Weisungen des Verwaltungsrats:

Susanne Jeger , Fürsprech und Notarin	Vorsitzende der Geschäftsleitung
Kristina Hartmann , lic. iur., Sozialversicherungsfachfrau mit eidg. Fachausweis	Leiterin Vorsorge
Max-Eric Laubscher , dipl. Betriebsökonom FH, eidg. dipl. Finanzanalytiker und Vermögensverwalter (CIIA)	Leiter Vermögensanlagen
Roger Zeugin , lic. rer. pol., eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer, eidg. dipl. Pensionskassenleiter	Leiter Finanzen & Services Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung vertritt die Pensionskasse nach aussen. Sie wird bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch die weiteren Mitarbeitenden der PKBS unterstützt. Alle Mitarbeitenden der Geschäftsstelle zeichnen für verpflichtende Schriftstücke kollektiv zu zweien.

Vorsorgekommissionen

Jedes Vorsorgewerk muss über eine aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmenden sowie aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgebenden paritätisch zusammengesetzte Vorsorgekommission verfügen. Die einzelne Vorsorgekommission besteht aus mindestens zwei und maximal acht Mitgliedern. Sie nehmen die ihnen aus Gesetz, Reglement und Anschlussvertrag zugewiesenen Rechte wahr. Wenn für ein Vorsorgewerk keine Vorsorgekommission bestellt ist oder werden kann, übernimmt der Verwaltungsrat die Aufgaben der Vorsorgekommission.

1.5 Experte, Revisionsstelle, Aufsichtsbehörde

Experte für berufliche Vorsorge	Prevanto AG, Picassoplatz 8, 4052 Basel
Revisionsstelle	Ernst & Young AG, Aeschengraben 9, 4051 Basel
Aufsichtsbehörde	BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB), Eisengasse 8, 4051 Basel

1.6 Angeschlossene Arbeitgeber

2017 wurden zwei Anschlüsse aufgelöst: Das Vorsorgewerk TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen wurde per 1. Januar 2017 infolge Aufhebung des Staatsvertrags an eine neue Vorsorgeeinrichtung übertragen. Das geschlossene Rentnervorsorgewerk Erlen-Verein Basel wurde per 1. Januar 2017 vollständig in das Vorsorgewerk Bereich Staat integriert.

Offene Bestände	31.12.2017		31.12.2016	
	Aktivversicherte	Rentenbeziehende	Aktivversicherte	Rentenbeziehende
Gesamtbestand	23'011	14'874	22'532	14'828
in Teilkapitalisierung	20'529	13'671	20'014	13'595
davon Bereich Staat	11'052	8'063	10'818	8'053
in Vollkapitalisierung	2'482	1'203	2'518	1'233

Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung

Basler Verkehrs-Betriebe BVB	Kanton Basel-Stadt (Bereich Staat genannt)
Felix Platter-Spital	Universitäre Psychiatrische Kliniken
Gemeinde Riehen	Universitätsspital Basel
IWB Industrielle Werke Basel	

Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung

Ausgleichskasse Basel-Stadt	Pensionskasse Basel-Stadt
BSABB BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	ProRheno AG
Bureau IBA Basel 2020	RHI Regionales Heilmittelinspektorat der Nordwestschweiz
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	SIK Schweizerische Informatikkonferenz
Gehörlosen-Fürsorgeverein der Region Basel	Stiftung Blutspendezentrum SRK beider Basel
Gemeinde Bettingen	Stiftung Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel
Genossenschaft Studentenheim Basel	Universitäres Zentrum für Zahnmedizin
Handelsschule KV Basel	Universität Basel
IV-Stelle Basel-Stadt	Verein Gegenseitige Hilfe Riehen-Bettingen
Landpfrundhaus Riehen/Bettingen	Wildt'sches Haus am Petersplatz
Musik-Akademie der Stadt Basel	

Arbeitgeber mit Anschlussvertrag, wobei Neueintritte von Aktivversicherten möglich sind.

Geschlossene Bestände

	31.12.2017		31.12.2016	
	Aktivversicherte	Rentenbeziehende	Aktivversicherte	Rentenbeziehende
Gesamtbestand	5	809	5	815
mit Anschlussvertrag	5	802	5	808
ohne Anschlussvertrag	0	7	0	7

Vorsorgewerke mit geschlossenen Beständen

abilia	Kraftwerk Augst AG
Allg. Krankenpflege*	Lungenliga beider Basel
AWZ*	Merian Iselin Spital
Bardusch AG	Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel
Basler Kunstverein	Pestalozzi-Gesellschaft Basel*
BLT Baselland Transport AG	REGIO BASILIENSIS
BTG-Bürgerschaftsgenossenschaft beider Basel	Rehab Basel AG
Bürgergemeinde der Stadt Basel – Bürgerliches Waisenhaus	SEHBEHINDERTENHILFE Basel
Bürgergemeinde der Stadt Basel – Bürgerspital Basel	Spitex Basel. Stiftung für Hilfe und Pflege zu Hause
Bürgergemeinde der Stadt Basel – Kanzlei des Bürgerrates	SPILEX Riehen-Bettingen
Christoph Merian Stiftung	Sportmuseum Schweiz
Dietisberg Wohn- und Werkheim AG	Stiftung AHBasel
familea – Für Frauen, Kinder und Familien. Seit 1901.	Stiftung Basler Studienheim
Familien-, Paar- und Erziehungsberatung Basel	Stiftung Sinfonieorchester Basel
Fachhochschule Nordwestschweiz (Teil FHBB)	Stiftung Sympany
Fachhochschule Nordwestschweiz (Teil Hochschule für Musik in Basel)	Theater Basel
Fachhochschule Nordwestschweiz (Teil hpsabb)	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
Flughafen Basel-Mulhouse*	Verein für Säuglingsfürsorge Basel-Stadt*
Forstbetrieb der Bürgergemeinde	Verein JUFA
Kaminfegermeisterverband Basel-Stadt*	Zoologischer Garten Basel AG

Arbeitgeber mit oder ohne Anschlussvertrag, wobei keine Neueintritte möglich sind. Sie umfassen ausschliesslich Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung. Geschlossene Bestände mit Arbeitgebern ohne Anschlussvertrag sind mit einem * versehen.

2 Aktivversicherte und Rentenbeziehende

2.1 Aktivversicherte

Bestandesbewegungen

	Anzahl Frauen	in %	Anzahl Männer	in %	Total 2017	Total 2016
Stand am 01.01.	12'478	55.4	10'059	44.6	22'537	22'112
Anpassung aus Migration	0		0		0	-490
Anpassung Stammdaten	2		-2		0	0
Zugänge (Eintritte)	1'652	63.1	966	36.9	2'618	2'632
Abgänge						
Austritte	-1'096	67.0	-539	33.0	-1'635	-1'400
Pensionierungen	-260	55.9	-205	44.1	-465	-294
Todesfälle	-2	15.4	-11	84.6	-13	-13
Invalidisierungen	-12	46.2	-14	53.8	-26	-10
Veränderungen	284	59.3	195	40.7	479	915
Stand am 31.12.	12'762	55.4	10'254	44.6	23'016	22'537

Die Anpassung aus Migration umfasst alle per 31. Dezember 2015 erfolgten Austritte von Aktivversicherten, die in der Statistik 2015 nicht als Abgänge berücksichtigt wurden und daher per 1. Januar 2016 in Abzug gebracht wurden.

Zusammensetzung des Endbestandes

	Anzahl Frauen	in %	Anzahl Männer	in %	Total 2017	Total 2016
Gesamtbestand	12'762	55.4	10'254	44.6	23'016	22'537
in Teilkapitalisierung	11'367	55.4	9'162	44.6	20'529	20'014
davon Bereich Staat	5'781	52.3	5'267	47.7	11'048	10'818
in Vollkapitalisierung	1'395	56.1	1'092	43.9	2'487	11'719

2.2 Rentenbeziehende

Anzahl Rentenbeziehende (nach Hauptrenten)

	Frauen		Männer		Total	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung						
Altersrenten	4'270	4'169	4'867	4'890	9'137	9'059
Invalidenrenten	1'089	1'074	909	906	1'998	1'980
Ehegatten-/Partnerrenten	2'251	2'287	172	163	2'423	2'450
Subtotal	7'610	7'530	5'948	5'959	13'558	13'489
Waisenrenten	51	49	59	54	110	103
Renten an invalide Kinder	1	1	2	2	3	3
Total	7'662	7'580	6'009	6'015	13'671	13'595
davon Bereich Staat	4'169	4'133	3'894	3'920	8'063	8'053

	Frauen		Männer		Total	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung						
Altersrenten	741	772	765	775	1'506	1'547
Invalidenrenten	122	122	80	80	202	202
Ehegatten-/Partnerrenten	252	250	32	27	284	277
Subtotal	1'115	1'144	877	882	1'992	2'026
Waisenrenten	11	12	8	9	19	21
Renten an invalide Kinder	0	0	1	1	1	1
Total	1'126	1'156	886	892	2'012	2'048
Gesamttotal	8'788	8'736	6'895	6'907	15'683	15'643

Entwicklung der Anzahl von Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenrentenbeziehenden

	Altersrenten		Invalidenrenten		Hinterlassenenrenten		Total	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Stand am 01.01.	10'610	11'121	2'182	2'522	2'851	2'942	15'643	16'585
Anpassung aus Migration	0	-486	0	-362	0	-99	0	-947
Zugänge (Eintritte)	416	309	67	52	180	193	663	554
Abgänge								
Ablauf	-51	-10	-13	-3	-16	-26	-80	-39
Todesfälle	-328	-324	-36	-27	-179	-159	-543	-510
Veränderungen	37	-25	18	22	-15	8	40	5
Stand am 31.12.	10'647	10'610	2'200	2'182	2'836	2'851	15'683	15'643

Die obige Statistik berücksichtigt die je Rentenart entstehenden Veränderungen. Hinterlassenenrenten beinhalten Ehegatten-/Partner-/Waisenrenten, Altersrenten beinhalten Renten an invalide Kinder. Der Ablauf einer Altersrente resultiert aufgrund von Bestandesauflösungen infolge Teilliquidationen sowie rückwirkender Mutationen von Altersrenten in IV- oder Hinterlassenenrenten. Der Ablauf einer Invalidenrente erfolgt durch Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder durch Pensionierung einer Person mit temporärer Invaliditätsrente. Hinterlassenenrenten enden durch Wiederverheiratung bzw. Ablauf von Waisenrenten.

Verhältnis Aktivversicherte zu Rentenbeziehenden

per 31.12.	Frauen		Männer		Total	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbestand	1.45 : 1	1.43 : 1	1.49 : 1	1.46 : 1	1.47 : 1	1.44 : 1
Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung	1.48 : 1	1.46 : 1	1.52 : 1	1.49 : 1	1.50 : 1	1.47 : 1
davon Bereich Staat	1.39 : 1	1.36 : 1	1.35 : 1	1.32 : 1	1.37 : 1	1.34 : 1
Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung	1.24 : 1	1.24 : 1	1.24 : 1	1.22 : 1	1.24 : 1	1.23 : 1

2.3 Doppelzählungen

Teilaktive Personen, die infolge Teilpensionierung und/oder Teilinvalidisierung eine oder mehrere Teilrenten erhalten, werden mehrfach geführt. Sie sind Bestandteil der Statistiken «Aktivversicherte» und «Rentenbeziehende» und werden dementsprechend mehrfach gezählt. Es handelt sich dabei um 290 Personen (Vorjahr: 308 Personen).

3 Art der Umsetzung des Zwecks

3.1 Erläuterung der Vorsorgepläne

Die Vorsorgepläne basieren alle auf dem Rahmenreglement Beitragsprimat vom 2. September 2015, das die allgemeinen Versicherungsbedingungen und Anspruchsvoraussetzungen regelt, die für alle in der PKBS versicherten Personen gleichermaßen gelten – unabhängig davon, bei welchem Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis besteht.

Aus dem Rahmenreglement abgeleitet ergeben sich vier unterschiedliche Vorsorgepläne im Beitragsprimat, deren Bemessung der Altersleistung unter der Modellannahme von 1% Realverzinsung (Nominalverzinsung abzüglich Lohnentwicklung) und einer modellmässigen Annahme der Höhe der Altersleistung von 65%, 60%, 55% und 40% erfolgt.

Versicherungspflicht	Ab Alter 18 für die Risikoversicherung Ab Alter 20 bzw. 25 für die Risiko- und Altersversicherung AHV-Jahreslohn mindestens CHF 21'150
Versicherter Lohn	AHV-Jahreslohn, abzüglich Koordinationsabzug
Koordinationsabzug*	$\frac{3}{8}$ des AHV-Jahreslohns, höchstens max. AHV-Altersrente, mit dem Beschäftigungsgrad gewichtet
Besonderes	Stundenlöhne und Schichtlöhne werden jeweils zu $\frac{5}{6}$ versichert; für Risikoleistungen sind die Durchschnitte der letzten 12 Monate solcher Lohnarten massgebend
Versicherungsplan Plus und Minus*	+/- 3%-Punkte der Arbeitnehmer-Sparbeiträge jeweils per 1. Januar wählbar; der Arbeitgeber-Sparbeitrag bleibt dabei unverändert
Ordentliches Pensionierungsalter	65 für Frauen und Männer
Umwandlungssatz	5.8% im Alter 65 > Reduktion um 0.12% p.a. bei vorzeitiger Pensionierung > Erhöhung um 0.16% p.a. bei Weiterbeschäftigung
Leistungsziel*	65%, 60%, 55%, 40%
Flexible Pensionierung	Voll- und Teilpensionierung zwischen dem 58. und dem 70. Altersjahr
Vergünstigte vorzeitige Pensionierung*	Umwandlungssatz 5.8% bereits ab Alter 62 mit 12 Beitragsjahren; die Finanzierung erfolgt über periodische Beiträge bzw. Einmaleinlagen des Arbeitgebers zur Deckung der dadurch entstehenden Pensionierungsverluste
Kapitalabfindung bei Pensionierung	Maximal im Umfang desjenigen Teils des Sparkapitals, der über dem Betrag der zehnfachen maximalen AHV-Altersrente liegt
AHV-Überbrückungsrente*	Nach 12 Beitragsjahren 120% bzw. 150% der minimalen AHV-Altersrente pro Jahr während max. 3 bzw. 4 Bezugsjahren; der Beschäftigungsgrad wird dabei berücksichtigt
Invalidenrente	65%, 60%, 55%, 40% des versicherten Jahreslohnes; die Invalidenrente wird temporär bis spätestens zur Vollendung des 65. Altersjahres ausgerichtet (Pensionierung)
Ehegatten- und Lebenspartnerrente	$\frac{2}{3}$ der versicherten Invalidenrente bzw. der laufenden Invaliden- oder Altersrente
Waisenrente, Invaliden-Kinderrente	20% der versicherten Invalidenrente bzw. der laufenden Invaliden- oder Altersrente
Pensionierten-Kinderrente	10% der laufenden Altersrente bei einem Kind, 20% der laufenden Altersrente bei zwei oder mehr Kindern, höchstens jedoch im Umfang der minimalen AHV-Altersrente

* Parameter, die im Rahmen der vorgegebenen Möglichkeiten der PKBS von den Vorsorgekommissionen aufgrund der spezifischen Gegebenheiten gewählt werden können.

3.2 Finanzierung, Finanzierungsmethode

Die PKBS ist eine autonome Kasse, die im Kapitaldeckungsverfahren geführt wird. Sie deckt alle versicherungstechnischen Risiken selber ab. Sie ist für sämtliche Anschlüsse im Beitragsprimat finanziert.

Die Finanzierung der Anschlüsse erfolgt gemäss Anschlussvertrag bzw. gewähltem Vorsorgeplan. Grundsätzlich hat jeder angeschlossene Arbeitgeber die vollen Kosten seiner Vorsorge inkl. Verwaltungskosten selbst zu tragen. Einnahmen ergeben sich durch Beiträge, eingebrachte Freizügigkeitsleistungen, Einkaufssummen, Einlagen des Arbeitgebers, Erträge aus dem Risikopool sowie Erträge aus dem Ergebnis der Vermögensanlagen.

Das für die Altersleistungen massgebende Sparkapital wird individuell durch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge gebildet, deren Höhe sich aus den jeweiligen Vorsorgeplänen ergibt und altersabhängig gestaffelt ist. Für die Risiken Tod und Invalidität werden pro Vorsorgewerk einheitliche und altersunabhängige Risikobeiträge erhoben, welche in den Risikopool abgeführt werden, der für die Finanzierung der Hinterlassenen- und Invaliditätsleistungen geöffnet wird. Für die Höhe der Risikobeiträge ist das Durchschnittsalter des Bestandes eines Vorsorgewerkes massgebend. Zudem wird ein Rabatt auf den Risikobeitragssatz gewährt, sofern der Arbeitgeber eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen hat und/oder ein Case Management betreibt.

Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung leisten zudem Stabilisierungsbeiträge. Dabei handelt es sich um Beiträge, die vollumfänglich dem Vermögen des Vorsorgewerks zufließen, um den Deckungsgrad zu stabilisieren bzw. zu erhöhen. Er beträgt für Arbeitnehmende ab Alter 25 bis Alter 65 bis Ende 2024 1.6% des versicherten Lohns. Der vom Arbeitgeber zu leistende Beitrag von 5.0% der versicherten Jahreslohnsumme wird grundsätzlich dem Teuerungsfonds zugeführt. Aktuell erfolgt die Einlage jedoch zugunsten des Deckungsgrades, bis ein Deckungsgrad von 100% erreicht wird – mindestens jedoch bis Ende 2024.

Die versicherten Lohnsummen der Aktivversicherten gestalten sich wie folgt:

per 31.12. in Mio.	2017	2016
Total	1'368.9	1'339.1
Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung	1'191.4	1'161.7
Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung	177.5	177.4

3.3 Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit

Gestützt auf Art. 36 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) müssen die Hinterlassenen- und Invalidenrenten des BVG-Obligatoriums bis zum Erreichen des ordentlichen Rentalters der Versicherten periodisch an die Erhöhung des Indexes der Konsumentenpreise angepasst werden. Diese Teuerungsanpassung wird grundsätzlich erstmals nach drei Jahren gewährt. Danach erfolgen die Teuerungsanpassungen gekoppelt an den Teuerungsausgleich bei der AHV. Im Berichtsjahr standen demnach die BVG-Renten im Fokus, die seit 2013 laufen. Dafür ist die Preisentwicklung zwischen September 2013 und 2016 massgebend. Da der Septemberindex 2016 mit 100.2 denjenigen vom September 2013 (102.0) nicht überstieg, wurden die Renten per 1. Januar 2017 nicht der Teuerung angepasst.

Bei den überobligatorischen Leistungen erfolgten ebenfalls keine Rentenerhöhungen.

4 Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit

4.1 Bestätigung über Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die vorliegende Jahresrechnung entspricht den Vorschriften von Swiss GAAP FER 26.

4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Flüssige Mittel, Geldmarktanlagen, Wertschriften

Die Bewertung der Flüssigen Mittel, Geldmarktanlagen und Wertschriften (inkl. Derivate und Rohstoffe) erfolgt zu Marktwerten per Bilanzstichtag. Die daraus entstehenden realisierten und nicht realisierten Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam im Nettoertrag aus Flüssigen Mitteln und Geldmarktanlagen, Obligationen, Aktien und ähnlichen Wertpapieren ausgewiesen. Derivate stehen zum Marktwert bei den entsprechenden Basispositionen (Long-Positionen positiv, Short-Positionen negativ). Der Deckungspflicht (Liquidität) für Engagements in Derivaten wird durch Anwendung der Fachempfehlungen zum Einsatz und zur Darstellung der derivativen Finanzinstrumente nachgekommen.

Forderungen und Darlehen

Die Bilanzierung der Forderungen und Darlehen erfolgt zu Nominalwerten, jene von kollektiv angelegten Darlehen zu Marktwerten.

Fremdwährungsumrechnungen

Erträge und Aufwendungen in Fremdwährungen werden zu den jeweiligen Tageskursen umgerechnet. Aktiven und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden zu Jahresendkursen bewertet. Die daraus entstehenden Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam verbucht.

Hypotheken

Die Bilanzierung der Hypothekendarlehen erfolgt zum Nominalwert abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Wertberichtigungen.

Immobilien

Die Bilanzierung der direkten Immobilienanlagen erfolgt zu Marktwerten.

Dieser wird nach der Discounted-Cash-Flow-Methode (DCF) ermittelt. Die wichtigsten Bewertungsparameter der DCF-Methode sind:

- Mietertragswachstum: individuell pro Objekt
- Inflation: 1% p.a.
- Diskontsatz: Basisdiskontsatz = 5%; individuelle Zu- und Abschläge für spezifische Objekteigenschaften

Die Bilanzierung der indirekten (kotierten) Immobilienanlagen erfolgt zum Börsenkurs, die indirekt (nicht kotierten) zum Nettovermögenswert (NAV) .

Als im Bau befindliche Immobilien gelten Neubauten bis zur abgeschlossenen Bauabrechnung. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Bestehen Anzeichen einer Wertberichtigung erfolgt die Bewertung zum Marktwert.

4.3 Änderungen von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung

Im Berichtsjahr resultieren keine Änderungen.

4.4 Rundungen

Die in Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Im Einzelfall kann das Total deshalb von der Summe der einzelnen Werte marginal abweichen.

5 Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

5.1 Art der Risikodeckung

Als autonome Sammeleinrichtung trägt die PKBS ihre Risiken für Alter, Tod und Invalidität selbst, weshalb keine Rückversicherung besteht.

5.2 Zusammensetzung der Vorsorgekapitalien und der technischen Rückstellungen

	31.12.2017	31.12.2016
<i>Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung</i>		
Vorsorgekapital Aktivversicherte	4'515'419'469	4'370'680'887
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	5'759'310'797	5'783'426'396
Sparkonti vorzeitige Pensionierung	12'625'472	11'407'457
Technische Rückstellungen	333'185'334	253'046'635
Teuerungs- und Stabilisierungsfonds	35'444'859	35'093'920
Vorsorgekapital Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung	10'655'985'931	10'453'655'295
<i>Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung</i>		
Vorsorgekapital Aktivversicherte	686'243'441	689'203'127
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	978'232'381	1'012'091'574
Sparkonti vorzeitige Pensionierung	2'599'080	2'463'693
Technische Rückstellungen	54'208'555	42'416'962
Teuerungs- und Stabilisierungsfonds	1'763'165	1'285'249
Vorsorgekapital Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung	1'723'046'621	1'747'460'606
Gesamttotal	12'379'032'552	12'201'115'902

5.3 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Aktivversicherte

	2017	2016
<i>Alle Vorsorgewerke</i>		
Stand 01.01.	5'073'755'165	4'373'140'855
Veränderung (Einlagen (+) / Entnahmen (-))	8'043'896	571'563'181
Verzinsung	135'088'400	129'051'129
Stand 31.12.	5'216'887'461	5'073'755'165
<i>Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung</i>		
Stand 01.01.	4'382'088'344	3'756'363'910
Veränderung (Einlagen (+) / Entnahmen (-))	19'276'344	504'129'109
Verzinsung	126'680'252	121'595'325
Stand 31.12.	4'528'044'941	4'382'088'344
<i>Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung</i>		
Stand 01.01.	691'666'821	616'776'945
Veränderung (Einlagen (+) / Entnahmen (-))	-11'232'448	67'434'072
Verzinsung	8'408'148	7'455'804
Stand 31.12.	688'842'520	691'666'821

Der Anstieg des Vorsorgekapitals ist im Wesentlichen auf die Verzinsung der Sparkapitalien zurückzuführen (CHF 135.1 Mio.), während die Nettozuflüsse aus Eintritten und Austritten mit CHF 8.0 Mio. gering ausfallen. Bei den Vorsorgekapitalien von Vorsorgewerken in Vollkapitalisierung resultiert aus Liquidationen ein Nettoabfluss über CHF 11.2 Mio.

5.4 Summe der Altersguthaben nach BVG

	31.12.2017	31.12.2016
Altersguthaben nach BVG (Schattenrechnung)	1'804'095'939	1'740'327'669

5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Rentenbeziehende

Das Vorsorgekapital Rentenbeziehende entspricht dem Barwert der laufenden Renten einschliesslich Anwartschaften. Der leichte Rückgang gegenüber dem Vorjahr bedeutet, dass die Abgänge von Rentenbeziehenden deren Neuzugänge übersteigen.

	2017	2016
<i>Alle Vorsorgewerke</i>		
Stand 01.01.	6'795'517'970	6'328'367'293
Veränderung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	-57'974'792	467'150'677
Stand 31.12.	6'737'543'178	6'795'517'970
<i>Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung</i>		
Stand 01.01.	5'783'426'396	5'408'369'765
Veränderung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	-24'115'599	375'056'631
Stand 31.12.	5'759'310'797	5'783'426'396
<i>Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung</i>		
Stand 01.01.	1'012'091'574	919'997'528
Veränderung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	-33'859'193	92'094'046
Stand 31.12.	978'232'381	1'012'091'574

5.6 Entwicklung und Erläuterung der technischen Rückstellungen

	2017	2016
<i>Alle Vorsorgewerke</i>		
Stand 01.01.	331'842'766	242'984'194
Veränderung technische Rückstellungen	92'759'147	88'858'572
Stand 31.12.	424'601'913	331'842'766
<i>Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung</i>		
Stand 01.01.	288'140'555	211'852'145
Veränderung technische Rückstellungen	80'489'638	76'288'410
Stand 31.12.	368'630'193	288'140'555
<i>Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung</i>		
Stand 01.01.	43'702'211	31'132'049
Veränderung technische Rückstellungen	12'269'509	12'570'162
Stand 31.12.	55'971'720	43'702'211

Die technischen Rückstellungen werden gemäss dem Reglement über die Vorsorgekapitalien, Rückstellungen und Reserven vom 1. Januar 2016 gebildet.

Seit der Anwendung der versicherungstechnischen Grundlagen VZ 2010 werden die Rückstellungen für Grundlagenwechsel pro Jahr um 0.5% der folgenden Grössen erhöht:

- der Sparkapitalien der Aktivversicherten;
- des Vorsorgekapitals aller Rentenbeziehenden mit lebenslang zahlbaren Renten sowie der Sparkapitalien der temporär invaliden Versicherten.

Per 31. Dezember 2017 beträgt der Rückstellungssatz 3.0%, wobei die Rückstellungen den einzelnen Vorsorgewerken separat zugewiesen werden.

Die technischen Rückstellungen umfassen auch Teuerungszulagen (Teuerungsfonds) zu laufenden Renten, sofern ein Vorsorgewerk eine entsprechende Einlage vorsieht, sowie weitere technische Rückstellungen.

5.7 Ergebnis des letzten versicherungstechnischen Gutachtens

Mit Datum vom 27. April 2017 erstellte der Experte für berufliche Vorsorge ein versicherungstechnisches Gutachten per 31. Dezember 2016. Per Ende 2016 lag der Deckungsgrad der Gesamtkasse bei 97.5% mit und ohne Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht, der technische Fehlbetrag beträgt CHF 299.3 Mio. (Vorjahr: technischer Überschuss von CHF 105.0 Mio.).

5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Die versicherungstechnischen Berechnungen basieren auf folgenden Grundlagen:

- Technischer Zinssatz 3.0% (Vorjahr: 3.0%)
- Technische Grundlage der Versicherungskasse Zürich VZ 2010
- Periodentafel
- Zur Finanzierung des Langlebkeitsrisikos und für künftige Anpassungen der Rechnungsgrundlagen werden entsprechende versicherungstechnische Rückstellungen gebildet.

5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Im Berichtsjahr erfolgten keine Änderungen von technischen Grundlagen und Annahmen.

5.10 Deckungsgrad nach Art. 44 BVV 2

Gesamtkasse

Der Deckungsgrad der Gesamtkasse wird ermittelt, indem vom Vermögen die Verbindlichkeiten, die passiven Rechnungsabgrenzungen und die Arbeitgeberbeitragsreserven (ohne Verwendungsverzicht) in Abzug gebracht werden (= Nettoaktiven) und dieser Betrag durch das Vorsorgekapital (inkl. technischer Rückstellungen) dividiert wird.

Per 31. Dezember 2017 ergibt sich ein Deckungsgrad von 102.5% mit bzw. 102.4% ohne Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht.

Vorsorgewerke

Gemäss den Bestimmungen des BVG und der zugehörigen Verordnung BVV 2 dürfen Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung die per 1. Januar 2012 definierten Ausgangsdeckungsgrade – bestehend aus dem (globalen) Gesamtdeckungsgrad und dem Deckungsgrad der Aktivversicherten – nicht unterschreiten. Andernfalls sind spezifische Sanierungsmassnahmen einzuleiten.

Die sieben in Teilkapitalisierung geführten Vorsorgewerke zeigen diesbezüglich folgende Entwicklung:

Ausgangsdeckungsgrade von Vorsorgewerken in Teilkapitalisierung

	Globaler Ausgangsdeckungsgrad	Globaler Deckungsgrad	Ausgangsdeckungsgrad Aktivversicherte	Deckungsgrad Aktivversicherte	Geplante Massnahmen
	01.01.2012	31.12.2017	01.01.2012	31.12.2017	
Bereich Staat	80%	99.3%	47.2%	98.3%	Keine
Universitätsspital Basel	80%	106.3%	58.5%	112.5%	Keine
Felix-Platter-Spital	80%	102.4%	43.0%	106.3%	Keine
Universitäre Psychiatrische Kliniken	80%	104.5%	56.4%	109.3%	Keine
IWB Industrielle Werke Basel	80%	104.7%	47.7%	110.9%	Keine
Basler Verkehrs-Betriebe BVB	80%	102.2%	45.9%	105.0%	Keine
Gemeinde Riehen	80%	101.9%	55.8%	104.0%	Keine

Aufgrund der Deckungsgradentwicklung sind demnach keine Sanierungsmassnahmen einzuleiten.

Deckungsgradverteilung, Destinatäre und Vorsorgekapital

Vorsorgewerke	Anzahl Vorsorgewerke		Anzahl Destinatäre		Vorsorgekapital	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Total	68	70	38'699	38'180	12'379'032'552	12'201'115'902
in Teilkapitalisierung	7	7	34'200	33'609	10'655'985'931	10'453'655'295
in Vollkapitalisierung	61	63	4'499	4'571	1'723'046'621	1'747'460'606
Deckungsgrad						
≥ 100%						
in Teilkapitalisierung	6	1	15'085	7'451	4'018'734'169	1'873'311'108
in Vollkapitalisierung	40	29	4'140	3'552	1'627'296'966	1'388'623'181
95.0–99.9%						
in Teilkapitalisierung	1	5	19'115	7'287	6'637'251'761	2'040'491'395
in Vollkapitalisierung	0	6	0	494	0	205'418'821
90.0–94.9%						
in Teilkapitalisierung	0	1	0	18'871	0	6'539'852'792
in Vollkapitalisierung	6	4	18	113	3'102'061	37'704'262
< 90%						
in Teilkapitalisierung	0	0	0	0	0	0
in Vollkapitalisierung	15	24	341	412	92'647'594	115'714'342

Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung
Deckungsgradverteilung, Wertschwankungsreserven und Teilkapitalisierungsanteile

	Unter-/Überdeckung		Wertschwankungsreserven		Teilkapitalisierungsanteil	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Gesamttotal	189'452'462	17'800'800	2'267'745'689	1'724'251'432	-2'126'068'380	-2'090'731'059
Deckungsgrad						
≥ 100%	189'452'462	17'800'800	991'366'786	392'463'021	-801'914'324	-374'662'222
95.0–99.9%	-	-	1'276'378'902	372'810'967	-1'324'154'055	-408'098'279
90.0–94.9%	-	-	-	958'977'444	-	-1'307'970'558
< 90%	0	0	0	0	0	0

Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung weisen bereits ab einem Deckungsgrad über 80% Wertschwankungsreserven aus. Eine Unterdeckung liegt erst vor, wenn deren Deckungsgrad 80% unterschreitet. Der Teilkapitalisierungsanteil eines Vorsorgewerkes in Teilkapitalisierung entspricht 20% seines Vorsorgekapitals und der technischen Rückstellungen. Bei einem Deckungsgrad zwischen 80% und kleiner 100% liegt demnach keine Unterdeckung vor. Hinsichtlich der Einleitung von Sanierungsmaßnahmen ist nicht die Unterschreitung des Deckungsgrades von 80% relevant, sondern primär die Unterschreitung der per 1. Januar 2012 definierten Ausgangsdeckungsgrade (siehe oben). Eine Überdeckung besteht bei einem Deckungsgrad von mehr als 100% und entspricht der Differenz zwischen Wertschwankungsreserven und Teilkapitalisierungsanteil.

Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung
Deckungsgradverteilung, Wertschwankungsreserven und Freie Mittel

	Unter-/Überdeckung		Wertschwankungsreserven		Freie Mittel	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Gesamttotal	152'309'741	56'199'316	188'740'165	95'228'579	-	957'288
Deckungsgrad						
≥ 100%	181'079'774	96'185'866	188'740'165	95'228'579	0	957'288
95.0–99.9%	-	-4'630'972	-	-	-	-
90.0–94.9%	-289'723	-2'666'991	-	-	-	-
< 90%	-28'480'309	-32'688'588	-	-	-	-

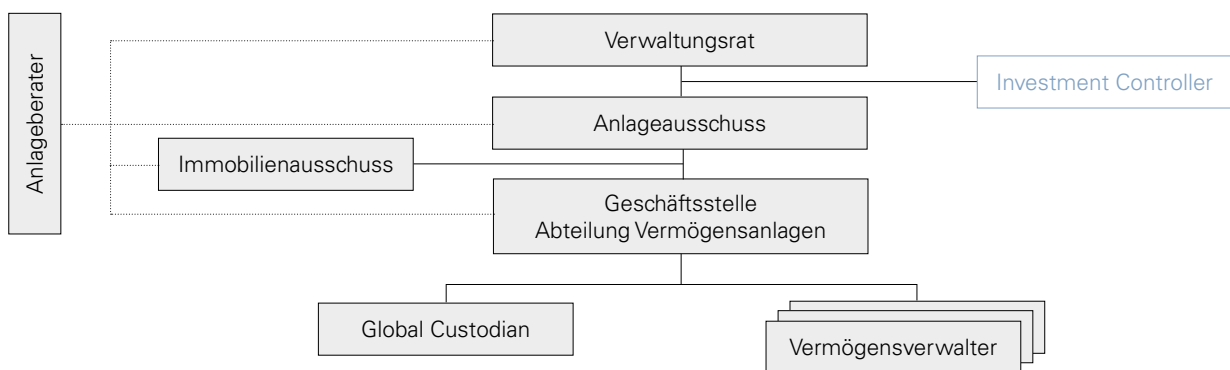
Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung und mit einem Deckungsgrad unter 100% müssen grundsätzlich Sanierungsmaßnahmen prüfen bzw. ergreifen. Eine Überdeckung liegt vor, wenn das Vorsorgewerk einen Deckungsgrad von mehr als 100% aufweist.

6 Erläuterungen der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlageberater und Anlagemanager, Anlagereglement

Organisation

Die Organisation, die Aufgaben und Kompetenzen sind im Anlagereglement festgehalten. Ein stufengerechtes Management-Informationssystem, das die verantwortlichen Instanzen mit aussagekräftigen und aktuellen Informationen versorgt, ist implementiert.



Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat ist als oberstes Organ verantwortlich für die Führung der Vermögensanlagen. Er legt die Ziele und die Grundsätze der Vermögensverwaltung im Anlagereglement fest und genehmigt die Richtlinien zur Anlagestrategie, Anlageorganisation und Alternativen Anlagen. Er ist für die Durchführung und Überwachung des Anlageprozesses verantwortlich. Er gestaltet, überwacht und steuert nachvollziehbar die ertrags- und risikogerechte Vermögensbewirtschaftung und sorgt periodisch für die Überprüfung der mittel- und langfristigen Übereinstimmung zwischen der Anlage des Vermögens und den Verpflichtungen.

In Bezug auf die Vermögensbewirtschaftung sieht das Anlagereglement unter anderem folgende Prinzipien vor:

- Im Zentrum der Bewirtschaftung des Vermögens stehen die Interessen der Destinatäre.
- Das Vermögen ist derart zu bewirtschaften, dass
 - a. die versprochenen Leistungen jederzeit termingerecht ausbezahlt werden können,
 - b. die anlagestrategische Risikofähigkeit eingehalten und damit die nominelle Sicherheit der versprochenen Leistungen gewährleistet wird,
 - c. im Rahmen der Risikofähigkeit die Gesamtrendite (laufender Ertrag plus Wertveränderungen) maximiert wird, damit langfristig ein möglichst grosser Beitrag zur Realwerterhaltung der versprochenen Rentenleistungen erzielt werden kann,
 - d. die sozialen und ökologischen Aspekte angemessen berücksichtigt werden.
- Für die Beurteilung der finanziellen Risikofähigkeit werden sämtliche Vermögenswerte zu Veräusserungswerten und sämtliche Verpflichtungen technisch sowie ökonomisch bewertet. Der Tatsache, dass die PKBS eine Sammeleinrichtung ist, wird bei der Beurteilung der finanziellen Risikofähigkeit Rechnung getragen.

- Die PKBS wählt ihre Vermögensanlagen sorgfältig aus, bewirtschaftet und überwacht diese. Sie achtet darauf, dass die Sicherheit der Erfüllung des Vorsorgezwecks gewährleistet ist. Die Beurteilung der Sicherheit erfolgt insbesondere unter Berücksichtigung der gesamten Aktiven und Passiven sowie der Struktur und der zu erwartenden Entwicklung des Versichertenbestandes.
- Die Vermögensanlagen erfolgen schwergewichtig und nach Möglichkeit in liquiden, gut handelbaren und qualitativ hochstehenden Anlagen.
- Die Vermögensanlagen werden auf verschiedene Anlagekategorien wie Märkte, Währungen, Branchen und Sektoren verteilt.
- Es werden Vermögensanlagen gewählt, die eine marktkonforme Gesamtrendite abwerfen.

Anlage- und Immobilienausschuss

Für die Steuerung, Koordination und Überwachung der Vermögensanlagen wird vom Verwaltungsrat ein ständiger Anlageausschuss eingesetzt. Er setzt die Anlagestrategie um und legt die Gewichtung innerhalb der taktischen Bandbreiten fest. Er entscheidet über die Vergabe von Mandaten sowie über die Auswahl von Anlagestiftungen und Fonds. Der Anlageausschuss besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern, die vom Verwaltungsrat für eine Amtsperiode von einem Jahr gewählt werden. Der Anlageausschuss tagt in der Regel monatlich bzw. so oft es die Geschäfte erfordern. Für die Steuerung, Koordination und Überwachung der Immobilien-Direktanlagen setzt der Anlageausschuss ein Immobilienausschuss ein. Im Bereich der Umsetzung der anlagestrategischen Vorgaben entscheidet der Immobilienausschuss im Rahmen seiner Kompetenzen über die Objektstrategien sowie über Liegenschaftskäufe- und verkäufe.

Der Anlage- wie auch der Immobilienausschuss kontrollieren die ordnungsgemässe Umsetzung der Anlagestrategie durch die Abteilung Vermögensanlagen der Geschäftsstelle und durch externe Dienstleister für die Vermögensbewirtschaftung sowie die Einhaltung der jeweiligen Mandats- und Bewirtschaftungsrichtlinien. Die Fachausschüsse setzen sich aus den folgenden Mitgliedern zusammen:

Mitglieder	Anlageausschuss	Immobilienausschuss
Urs Ernst , Dr. lic. rer. pol. Gesellschafter und Geschäftsführer Ernst Wirtschaftsberatung GmbH	Präsident und Mitglied bis 30.09.2017	Mitglied bis 30.09.2017
Yvan Lengwiler , Prof. Dr. nat. oek. Professor für Nationalökonomie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel	Mitglied seit 2004 Vizepräsident seit 2005	-
Thomas Hagen Finanzexperte	Mitglied seit 2004 Präsident seit 01.10.2017	Mitglied seit 01.10.2017
Steven Kaufmann , MSc ETH Mathematik, BSc HSR Elektrotechnik Gründer und Geschäftsführer Arpeggio GmbH	Mitglied seit 01.10.2017	-
Andreas Kressler , lic. iur., MBA Gründer und Geschäftsführer Kressler Consulting GmbH	Mitglied seit 01.10.2017	Mitglied seit 01.10.2017
Hans Naef , Dr. lic. rer. pol. Präsident des Verwaltungsrates der GSP Gesellschaft für Standortanalysen und Planungen AG	Mitglied bis 30.09.2017	Mitglied bis 30.09.2017
Ivana Reiss , Chartered Financial Analyst (CFA), Master of Science in Economics Gründerin und CEO Reiss Advisory GmbH	Mitglied seit 01.10.2017	-
Felix Spiegel Mitglied des Verwaltungsrates Spiegel Wagner Partner AG	Mitglied seit 2010	Mitglied seit 2014
Michael Theurillat , Dr. rer. pol. Selbständiger Berater und Autor	Mitglied seit 2007	-
Max-Eric Laubscher , dipl. Betriebsökonom FH, eidg. dipl. Finanzanalytiker und Vermögensverwalter (CIIA) Leiter Vermögensanlagen PKBS	-	Vorsitz seit 2014 (ohne Stimmrecht)

Geschäftsstelle

Die Abteilung Vermögensanlagen der Geschäftsstelle vollzieht die Beschlüsse des Verwaltungsrats, des Anlageausschusses und des Immobilienausschusses und besorgt die laufenden Geschäfte im Anlagebereich. Sie ist die operative Einheit der PKBS im Anlagebereich.

Vermögensverwalter

Anlagekategorie	Segment	Vermögensverwalter
Liquidität	CHF-Anlagen	Finanzverwaltung Basel-Stadt
Obligationen	CHF-Anlagen	Finanzverwaltung Basel-Stadt
	Global Inflation Linked Bonds	Zürcher Kantonalbank
Hypotheken	CHF-Anlagen	PKBS
	CHF-Anlagen	GAM Investment Management
Darlehen	CHF-Anlagen	Finanzverwaltung Basel-Stadt
	CHF Private Debt	Tavis Capital
Wandelanleihen	Global	Mirante Fund Management
	Global	Morgan Stanley
	Global	Schroders
	Global	UBS
Aktien Inland	SPI-Aktien	Credit Suisse
	SPI-Aktien	St. Galler Kantonalbank
Aktien Ausland	Developed Markets	UBS AG
	Emerging Market	UBS AG
	Small & Mid Caps	UBS AG
Immobilien Inland	Immobilienfonds kotiert	Aargauische Kantonalbank
	Immobilienfonds kotiert	GAM
	Direktanlagen	Immobilien Basel-Stadt
Immobilien Ausland	Nicht kotiert	PKBS
	Nicht kotiert	AFIAA Anlagestiftung für Immobilienanlagen im Ausland
	Nicht kotiert	Credit Suisse
Alternative Anlagen	Nicht kotiert	Zürich Anlagestiftung
	Commodities	Goldman Sachs
	Commodities	Institute for Financial Research
	Commodities	Zürcher Kantonalbank
	Gold	Basler Kantonalbank
	Private Equity	Avadis Anlagestiftung
	Private Equity	BioMed Partners
Senior Secured Loans	Zürich Anlagestiftung	
Währungsabsicherungen	Hedging	Finanzverwaltung Basel-Stadt

Die Mandate und Beteiligungen der PKBS beziehen sich auf einzelne Anlagekategorien oder Subsegmente davon. Die Vermögensverwaltung können sowohl externe Stellen (Fremdverwaltung) wie Banken, Versicherungen, sonstige Vermögensverwalter als auch die Geschäftsstelle (Eigenverwaltung) oder Basel-Stadt wahrnehmen. Die Vermögensverwaltung erfolgt im Rahmen von vertraglich festgelegten Vermögensverwaltungsmandaten oder in Form von Anlagestiftungen und Fonds. Mit allen Vermögensverwaltern werden mandatspezifische Verträge abgeschlossen. Innerhalb dieser vertraglichen Vorgaben sind die Vermögensverwalter für die Auswahl der Anlagen auf der Ebene der Einzelinvestments zuständig (Titelwahl und Timing). Sie sind verantwortlich für die konkrete Bewirtschaftung einzelner Anlagesegmente. Sämtliche Vermögensverwalter haben im Berichtsjahr die Anforderungen gemäss Art. 48f BVV 2 erfüllt.

Global Custodian

Der Global Custodian steuert die zentralisierte Administration wie Transaktionsabwicklung, Verwahrung (Depotstelle) sowie Verwaltung der Wertschriftenanlagen und erstellt das zentrale Investment Reporting. Dieses umfasst neben den Wertschriften alle übrigen externen Anlagen wie beispielsweise OTC-Positionen, Immobilien Direktanlagen und Hypotheken. Das Investment Reporting ist ein zentrales Führungs- und Überwachungsinstrument des Anlageausschusses und der Abteilung Vermögensanlagen. Das umfassende Mandat liegt bei der UBS Switzerland AG.

Das umfassende Mandat liegt bei der UBS Switzerland AG. Sie führt zudem das Investment Guideline Monitoring durch. Dafür prüft sie täglich die Einhaltung sämtlicher Anlagerichtlinien, Bandbreiten und Limiten sowie die Portfoliostruktur der Wertschriftenanlagen. Bei Feststellung von aktiven Verletzungen erfolgt ein Eskalationsprozess.

Investment Controller

Die PPCmetrics AG führt das Investment Controlling-Mandat aus und ist damit die unabhängige Controlling-Instanz. Der Investment Controlling Report ist ein zentrales Führungs- und Überwachungsinstrument des Verwaltungsrats.

Anlageberatung

Geschäftspartner	Beratungsfokus
c-alm AG	Allgemein
ECOFIN Investment Consulting AG	Allgemein
Ethos Services AG	Stimmrechtsanalysen
Finreon AG	Dynamische Asset Allocation
FX Transparency, LLC	Foreign Exchange
Jones Lang LaSalle AG	Immobilien
KPMG AG	Immobilien
Lakefield Partners AG	Dynamische Asset Allocation
Mercer Schweiz AG	Allgemein
PPCmetrics AG	Allgemein
Theta AG	Dynamische Asset Allocation

6.2 Inanspruchnahme Erweiterungen mit Ergebnis des Berichts (Art. 50 Abs. 4 BVV 2)

Die PKBS hat von der Erweiterung der Anlagemöglichkeiten gemäss Art. 50 Abs. 4 BVV 2 Gebrauch gemacht. Im Rahmen der Alternativen Anlagen nimmt die PKBS Investitionen in Gold mittels Direktanlagen vor. Diese Anlagen stützen sich auf das Anlagereglement.

Die Erweiterung der Anlagemöglichkeiten ist aus Sicht der Kasse vertretbar und wird damit begründet, dass die zuständigen Mitarbeitenden über das notwendige Fachwissen verfügen, die Vermögensanlage den allgemeinen Anlagegrundsätzen (Sicherheit, Risikoverteilung, Ertrag und Liquidität) entspricht, Reporting und Controlling jederzeit eine Beurteilung der finanziellen Lage und der Risiken erlauben, die Erfüllung des Vorsorgezwecks nicht gefährdet wird und somit Art. 50 BVV 2 eingehalten ist.

6.3 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve

Die Parameter zur Berechnung der Wertschwankungsreserve sind im Reglement Vorsorgekapitalien, Rückstellungen und Reserven vom 1. Januar 2016 festgehalten. Basis bilden u.a. die Zielwerte der aktuellen Anlagestrategie und die Sollrendite von 3.6% (3.0% technischer Zins; 0.5% technische Rückstellungen; 0.1% Verwaltungskosten). Absicherungsbasis ist das Total der Vorsorgekapitalien und der technischen Rückstellungen. Das Sicherheitsniveau beträgt 97.5% bei einem Zeitraum von einem Jahr.

Während Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung ab einem Deckungsgrad von 100% Wertschwankungsreserven aufbauen, bestehen bei Vorsorgewerken in Teilkapitalisierung bereits ab einem Deckungsgrad von 80% Wertschwankungsreserven. Freie Mittel entstehen erst bei einem Deckungsgrad von über 117%.

Der Zielwert der Wertschwankungsreserven für die Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung beträgt CHF 3'933.2 Mio., derjenige für Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung CHF 292.2 Mio. Der kumulierte Zielwert für alle Vorsorgewerke beträgt demnach CHF 4'225.4 Mio.

6.4 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien

Anlagekategorien	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Liquidität*	979'760'068	612'384'805	367'375'263
Obligationen	2'000'833'033	2'203'419'069	-202'586'036
Hypotheken	667'263'666	671'052'773	-3'789'107
Darlehen	698'994'464	688'582'707	10'411'757
Wandelanleihen	567'993'287	542'933'915	25'059'372
Aktien Inland	1'616'540'821	1'561'324'099	55'216'722
Aktien Ausland	2'287'961'222	2'168'664'925	119'296'297
Immobilien Inland	2'631'947'543	2'599'303'641	32'643'902
Immobilien Ausland	490'580'366	411'307'306	79'273'060
Alternative Anlagen	746'256'606	485'264'074	260'992'532
Total	12'688'131'076	11'944'237'314	743'893'762
Sonstige Aktivposten	81'877'263	70'574'984	11'302'279
Total Bilanzsumme	12'770'008'339	12'014'812'298	755'196'041

* Den Anlagekategorien zugehörige Liquiditätsbestände werden nicht in der Position Liquidität, sondern unter den entsprechenden Anlagekategorien dargestellt.

Anlagestruktur und Anlagestrategie in Prozenten des Gesamtvermögens

Anlagekategorien	Neutrale Strategie	Bandbreite	31.12.2017	31.12.2016	Benchmark
Liquidität	7.0%	1.0–30.0%	7.9%	4.5%	Citigroup CHF 1 Monat
Obligationen	19.0%	14.0–24.0%	15.8%	18.5%	Swiss Bond Index AAA - AA TR
Hypotheken	5.5%	2.5–12.5%	5.3%	5.6%	BKB variabler Hypothekarsatz Swapsatz CHF 2 Jahre
Darlehen	5.0%	2.5–10.0%	5.5%	6.1%	Swiss Bond Index Government 1–10 Jahre TR
Wandelanleihen	4.5%	1.0–9.5%	4.4%	4.5%	Thomson Reuters Convertible Global Focus TR CHF hedged
Aktien Inland	12.5%	5.0–15.0%	12.7%	13.0%	Swiss Performance Index TR
Aktien Ausland	17.5%	10.0–22.5%	18.3%	18.3%	MSCI All Countries World ex Schweiz brutto TR
Immobilien Inland	20.0%	15.0–25.0%	20.4%	21.5%	KGAST Immo-Index (Schweiz)
Immobilien Ausland	3.0%	1.0–8.0%	3.9%	3.5%	KGAST Immo-Index (Schweiz)
Alternative Anlagen	6.0%	1.0–11.0%	5.8%	4.5%	
– Commodities	3.0%	max. 5.0%	4.8%	3.5%	Bloomberg Commodity Index CHF hedged
– Private Equity	2.0%	max. 5.0%	0.1%	0.0%	Portfoliendite Private Equity CHF hedged
– Senior Secured Loans	1.0%	max. 2.0%	0.9%	1.0%	S&P Global Leveraged Loan 100 Index TR CHF hedged
Total	100.0%		100.0%	100.0%	
Fremdwährungen		max. 25.0%	15.0%	20.9%	

Begrenzungen gemäss Art. 54 und 55 BVV2

Artikel BVV2	Position	Maximum	Portfolio 31.12.2017	Portfolio 31.12.2016
54	Forderungen pro Schuldner	10%	2.70%	2.00%
54a	Beteiligung pro Gesellschaft	5%	2.05%	2.24%
54b	Anlagen pro Immobilie	5%	0.02%	0.03%
55 lit. a	Grundpfandtitel, Pfandbriefe	50%	9.47%	9.88%
55 lit. b	Aktien	50%	30.79%	30.89%
55 lit. c	Immobilien	30%	24.32%	25.11%
	Immobilien Ausland	10%	4.02%	4.16%
55 lit. d	Alternative Anlagen	15%	10.49%	7.62%
55 lit. e	Fremdwährungen ungesichert	30%	17.81%	20.86%

Bei Artikel 54 ist die Position mit dem grössten Wert dargestellt.

Die Anlagevorschriften gemäss Art. 50 bis 58 BVV 2 wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

6.5 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Wertpapiertyp in CHF	Positive Wiederbeschaffungswerte	Negative Wiederbeschaffungswerte	konsolidierter Marktwert	Kontraktvolumen
Devisentermingeschäfte	2'463'305	-4'050'820	-1'587'515	1'096'169'664
Futures	0	0	0	38'074'447
Aktien	307	0	307	1'751
Strukturierte Produkte	32'921'311	0	32'921'311	32'921'311
Total	35'384'922	-4'050'820	31'334'102	1'167'167'173

Die laufenden derivativen Geschäfte wurden gemäss Art. 56a Abs. 7 BVV 2 zu Anrechnungswerten berücksichtigt. Für die das Engagement erhöhenden Derivateinsätze waren die Liquiditätsanforderungen im 2017 stets erfüllt. Die das Engagement reduzierenden Positionen waren unterjährig vollumfänglich gedeckt.

Zur Sicherung von allfälligen Forderungen der UBS Switzerland AG aus Derivatgeschäften gegenüber der PKBS wurden der UBS AG per 31. Dezember 2017 Vermögenswerte im Umfang von CHF 1'318 Mio. (Vorjahr: CHF 1'432 Mio.) verpfändet.

6.6 Offene Kapitalzusagen

Vertragliche Investitionsverpflichtungen	31.12.2017		31.12.2016	
AFIAA Anlagestiftung für Immobilienanlagen im Ausland	CHF	0	CHF	3'240'000
Avadis Anlagestiftung Private Equity	USD	51'780'917	USD	26'500'000
Tavis Capital Private Debt	CHF	7'703'211	CHF	12'266'808

6.7 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter Securities Lending

Gemäss Anlagereglement darf kein Securities Lending getätigt werden.

6.8 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlagen

Das Jahr 2017 war mit einer Performance von 7.31% und einer Volatilität von 3.56% ein erfreuliches Anlagejahr.

Performance	2017		2016	
	Portfolio	Benchmark	Portfolio	Benchmark
Liquidität	-0.24%	-0.96%	-0.11%	-1.04%
Obligationen	-0.03%	-0.07%	0.79%	1.33%
Hypotheken	1.40%	0.03%	1.54%	-0.08%
Darlehen	-4.04%	-0.56%	0.50%	0.01%
Wandelanleihen	6.01%	3.99%	4.91%	3.99%
Aktien Inland	20.72%	19.92%	-0.70%	-1.41%
Aktien Ausland	19.40%	18.90%	10.48%	9.95%
Immobilien Inland	4.73%	5.43%	5.43%	5.83%
Immobilien Ausland	5.86%	5.43%	4.87%	5.83%
Alternative Anlagen	2.59%	-1.87%	6.91%	12.62%
Total Vermögensanlagen	7.31%	6.76%	4.02%	4.00%

Performancebeiträge der Anlagekategorien

In der Anlagekategorie **Liquidität** sind auch Vermögenswerte, namentlich sonstige Aktivposten enthalten, die nicht bewirtschaftet werden können. Die Performance ist mit -0.24% leicht negativ. Dies ist eine direkte Folge der Negativzinsen auf dem schweizerischen Geldmarkt.

Der Bereich **Obligationen** wird mittels eines Core-Satellite-Ansatzes umgesetzt. Das Core-Portfolio liegt nahe beim Swiss Bond Index AAA-AA. Die Entwicklung des Core-Portfolios war aufgrund der tiefen Kapitalmarktzinsen leicht negativ. Die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer der Obligationen in Schweizer Franken lag per Ende Dezember bei 8.4 Jahren. In der Berichtsperiode haben wiederum inflationsgeschützte Anleihen mit einer positiven Performance überzeugt. Die Fremdwährungsrisiken werden systematisch abgesichert. Insgesamt beträgt die Performance für die Anlagekategorie Obligationen -0.03%.

Im Bereich **Hypotheken** besteht das Portfolio aus Direktanlagen, die von der Abteilung Vermögensanlagen in Eigenverwaltung bewirtschaftet werden. Die Hypothekarkredite an rund 2'000 Kundinnen und Kunden betragen per Ende Jahr CHF 618 Mio. Dabei liegt der Anteil der Hypotheken von Destinatären bei rund 81%. Zusätzlich werden Kollektivanlagen zur Erhöhung der Diversifikation innerhalb der Anlagekategorie Hypotheken eingesetzt. Die Performance der Anlagekategorie liegt bei 1.40%.

Die Anlagekategorie **Darlehen** wird im Wesentlichen mittels Direktanlagen mit geringerem Ausfallrisiko, vorrangig von Schuldnern mit Domizil in der Schweiz, umgesetzt. Dabei achtet man auf eine angemessene Diversifikation der Darlehensschuldner. Die Direktanlagen müssen über ein hohes Bonitätsrating im Bereich «Investment Grade» verfügen. Der Einsatz von Satelliten-Anlagen in geringem Umfang erhöht die Diversifikation innerhalb der Anlagekategorie Darlehen. Die Satelliten-Anlagen verfügen sowohl über ein deutlich höheres Kreditrisiko (Unternehmensdarlehen im Sub-Investment-Grade-Bereich) als auch über höheres Renditepotenzial. Im Berichtsjahr stellte man im Rahmen der Performance-messung von einer Marktbewertung zu einer Nominalbewertung um. Daraus resultiert ein Einmaleffekt von -4.04%. Ohne diesen Effekt würde eine Performance von 0.03% resultieren.

Die Anlagekategorie **Wandelanleihen** wird mittels mehreren aktiven Vermögensverwaltern umgesetzt, um die Managerdiversifikation sicherzustellen. Im Berichtsjahr wird eine Performance von 6.01% erreicht.

Im Bereich **Aktien Inland** wird der Swiss Performance Index mit rund 200 Firmen repliziert. Der Anteil des passiven Anlagestils liegt im Berichtsjahr bei rund 80%. Insgesamt beträgt die Performance der Anlagekategorie Aktien Inland 20.72%.

Im Bereich **Aktien Ausland** beträgt der indexierte Anteil 100%. Die passiven Aktienmandate bilden das Anlageuniversum des MSCI All Countries World ex Switzerland in den Bereichen gross-, mittel- und kleinkapitalisierte Unternehmen ab. Im Bereich Aktien Ausland werden die Fremdwährungsrisiken nicht systematisch abgesichert. Die Renditen von Aktien in Schwellenländern (31.84%) haben gegenüber den Anlagerenditen in den entwickelten Ländern (17.83%) deutlich besser abgeschlossen. Auch die Aktienanlagen im KMU-Bereich (18.78%) haben einen positiven Renditebeitrag geleistet. Die Performance der gesamten ausländischen Aktienanlagen betrug im Berichtsjahr 19.40%.

Der Bereich **Immobilien Inland** besteht aus 59% Direktanlagen und 41% indirekten Anlagen. Im Berichtsjahr wurden verschiedene Transaktionen zur weiteren Optimierung des Direktbestandes vollzogen. Bei den Immobiliendirektanlagen beträgt die Rendite 3.91%, davon entfallen 0.32 Prozentpunkte auf die Wertänderungsrendite. Die indirekten Anlagen wurden ebenfalls weiter ausgebaut und dadurch die geografische Diversifikation der gesamten Immobilienanlagen in der Schweiz erweitert. Die Anlagekategorie Immobilien Inland erreicht insgesamt eine Performance von 4.73%.

Im Bereich **Immobilien Ausland** wurden auch im Berichtsjahr weitere Investitionen getätigt. Per Ende Jahr waren 3.9% des Gesamtvermögens in indirekten und nicht kotierten ausländischen Immobilienanlagen investiert. Die Fremdwährungsrisiken werden weitgehend abgesichert. Das Gesamtportfolio Immobilien Ausland erreicht eine Performance von 5.86%.

Die Anlagekategorie **Alternative Anlagen** umfasst insgesamt 5.9% der Gesamtanlagen. Diese Kategorie wird mittels drei Sub-Kategorien umgesetzt: Commodities, Private Equity und Senior Secured Loans. Die Umsetzung der Rohstoffinvestitionen erfolgt mittels eines sogenannten Enhanced-Ansatzes. Dabei wird ein Teil der Anlagen in Anlehnung an den Benchmark (Bloomberg Commodity Index) investiert, wobei grössere Abweichungen als bei einer rein passiven Indexnachbildung zulässig sind. Das Währungsrisiko gegenüber dem Schweizer Franken wird systematisch abgesichert. Darüber hinaus wird ein wesentlicher Anteil direkt in Gold gehalten. Im Segment Private Equity wurde ein langfristig ausgerichtetes Investitionsprogramm gestartet. Der Bereich Senior Secured Loans wird aktiv umgesetzt. Das Währungsrisiko gegenüber dem Schweizer Franken wird systematisch abgesichert. Die Anlagekategorie Alternative Anlagen erreichte, getrieben durch Rohstoffanlagen, eine Performance von insgesamt 2.59%.

	2017	2016
Nettoertrag Flüssige Mittel und Geldmarktanlagen		
Zinsertrag Bank- und Postguthaben	- 773'938	- 794'556
Zinsertrag Geldmarktforderungen	- 969'840	1'661
Total	- 1'743'779	- 792'895
Nettoertrag aus Forderungen		
Zinsen für Eintritte von Versicherten	- 10'914	- 31'601
Zinsen für Austritte von Versicherten	- 548'085	- 376'732
Total	- 559'000	- 408'333
Nettoertrag Obligationen		
Zinsertrag	30'122'423	34'902'696
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	7'872'949	22'823'712
Indirekter Ertrag gemäss Weisung OAK BV	1'695'254	808'233
Total	39'690'626	58'534'641
Nettoertrag Darlehen		
Zinsertrag	7'687'854	7'942'094
Total	7'687'854	7'942'094
Nettoertrag Aktien und ähnliche Wertpapiere		
Dividendenertrag	90'542'629	87'389'861
Erfolg aus Derivaten	16'579'766	6'127'030
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	597'922'450	126'442'017
Total	705'044'846	219'958'908
Nettoertrag Hypotheken		
Hypothekarzinsen und -kommissionen	9'398'733	10'065'723
Veränderung von Wertberichtigungen	- 60'000	- 150'173
Ertrag aus indirekten Hypothekenanlagen	46'853	125'663
Indirekter Ertrag gemäss Weisung OAK BV	108'148	108'507
Total	9'493'733	10'149'721
Nettoertrag Immobilien		
Immobilien Direktanlagen Inland		
Liegenschaftsertrag brutto	81'872'007	81'226'773
Liegenschaftsaufwand	- 24'891'392	- 21'458'947
Marktwertanpassungen	4'799'919	16'748'544
Erfolg aus Liegenschaftsverkäufen	0	30'000
Total	61'780'534	76'546'370

Immobilien indirekte Anlagen		
Erfolg indirekte Anlagen Inland	11'541'162	11'049'685
Marktwertanpassungen indirekte Anlagen Inland	51'485'107	46'228'339
Erfolg indirekte Anlagen Ausland	-1'009'655	10'890'334
Marktwertanpassungen indirekte Anlagen Ausland	32'463'525	1'785'103
Abgaben und Kommissionen	-457'909	-149'440
Indirekter Ertrag gemäss Weisung OAK BV	11'263'109	10'887'389
Total	105'285'338	80'691'410
Gesamttotal	167'065'872	157'237'780
Nettoertrag Alternative Anlagen		
	2017	2016
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	16'634'547	25'927'856
Indirekter Ertrag gemäss Weisung OAK BV	1'407'967	417'717
Total	18'042'514	26'345'573
Zinsaufwand auf Arbeitgeberbeitragsreserven		
	2017	2016
Zinsen auf Arbeitgeberbeitragsreserven	0	-436'730
Total	0	-436'730

6.9 Erläuterung zu den Vermögensverwaltungskosten

Vermögensverwaltungskosten	2017	in % der kosten- transp. Anlagen	2016	in % der kosten- transp. Anlagen
Verwaltungsmandate	25'896'470	0.20%	22'615'824	0.19%
Depotgebühren, Kommissionen, Sachkosten etc.	4'056'203	0.03%	3'708'177	0.03%
Total	29'952'673	0.24%	26'324'001	0.22%
wovon indirekte Kosten gemäss Weisung OAK BV	14'806'853	0.12%	12'221'876	0.10%
Kostentransparenzquote				
	2017	in % des Gesamt- vermögens	2016	in % des Gesamt- vermögens
Total der kostentransparenten Anlagen	12'648'775'031	99.05%	11'919'887'291	99.21%
Total der intransparenten Kollektivanlagen	121'233'308	0.95%	94'925'007	0.79%
Gesamtanlagevermögen	12'770'008'339	100.00%	12'014'812'298	100.00%

Die Vermögensverwaltungskosten sind im Berichtsjahr um CHF 3'628'672 auf CHF 29'952'673 gestiegen. Diese Erhöhung um 12.1% ist einerseits auf das insgesamt höhere Anlagevolumen und andererseits auf den Aufbau im Bereich «Alternative Anlagen», insbesondere Private Equity, zurückzuführen. Infolgedessen sind die Vermögensverwaltungskosten im Verhältnis zu den Gesamtanlagen von 0.22% auf 0.24% angestiegen.

6.10 Erläuterung zu den intransparenten Kollektivanlagen

ISIN	Beschrieb	31.12.2017	31.12.2016
AU0000XCLWV6	Commonwealth of Australia Treasury Indexed Bonds 2030	0	2'850'206
MX0SGO000023	Mexico Index Linked Bond 2035	0	382'060
CH0119397492	Tracker Certificate ETT MSCI Taiwan Index	32'921'311	25'860'035
CH0333490321	Akara Swiss Diversity Property Fund PK	0	60'000'000
LU1272303238	Tavis Capital Schweizer KMU Kreditfonds I	0	5'832'707
LU1077972898	Morgan Stanley Investment Fund Global Convertible Bond	88'311'997	0
Total		121'233'308	94'925'007

Die oben aufgeführten Positionen werden bis auf Weiteres gehalten.

6.11 Erläuterung der Anlagen bei Arbeitgebern und der Arbeitgeberbeitragsreserven

Anlagen bei Arbeitgebern	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen gegenüber Vorsorgewerken in Teilkapitalisierung	30'851'066	13'021'316
Forderungen gegenüber Vorsorgewerken in Vollkapitalisierung	4'242'963	4'363'504
Total	35'094'029	17'384'820

Die Forderungen per 31. Dezember 2017 beinhalten im Wesentlichen offene Prämienbeiträge des Monats Dezember. Per 31. Januar 2018 sind diese Forderungen beglichen.

Arbeitgeberbeitragsreserven	31.12.2017	31.12.2016
<i>Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht</i>		
Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung	33'953'528	53'892'848
Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung	4'876'211	5'434'936
Total	38'829'739	59'327'783
<i>Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht</i>		
Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung	0	0
Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung	11'455'321	10'955'321
Total	11'455'321	10'955'321
Gesamttotal	50'285'060	70'283'104

Die Verzinsung der Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht wird durch den Verwaltungsrat festgelegt, wobei der Zinssatz nicht höher als der BVG-Mindestzinssatz ausfallen darf. Für das Jahr 2017 betrug die Verzinsung 0% (Vorjahr: 1.25%). Die Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht werden gemäss BVG nicht verzinst.

6.12 Wahrnehmung der Stimm- und Wahlrechte

Die Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV; SR 221.331) vom 20. November 2013 sieht für Vorsorgeeinrichtungen eine Stimm- und Offenlegungspflicht bei Schweizer Aktien vor. Die PKBS hat die Bestimmungen der VegüV implementiert. Die Entscheidungsgrundsätze für die Ausübung der Stimm- und Wahlrechte richten sich nach den Prinzipien für nachhaltige Entwicklung und nach den Best-Practice-Regeln im Bereich der Corporate Governance. Die Analysen der Traktanden und Stimmempfehlungen für die Generalversammlungen basieren im Wesentlichen auf Analysen von Ethos Services AG. Die PKBS beauftragt in der Regel den unabhängigen Stimmrechtsvertreter für die Stimmausübung. Ihr Stimmverhalten an den einzelnen Generalversammlungen publiziert sie transparent auf www.pkbs.ch.

7 Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

Immobilien	31.12.2017	31.12.2016
Immobilien		
<i>Immobilien</i>		
<i>Immobilien</i>		
<i>Immobilien</i>		
<i>Immobilien</i>		
<i>Immobilien</i>		
<i>Immobilien</i>		
<i>Immobilien</i>		
Total Immobilien	1'508'790'000	1'476'640'000
Total Immobilien indirekte Anlagen Inland	1'123'157'543	1'122'663'641
Total Immobilien indirekte Anlagen Ausland	490'580'366	411'307'306
Gesamttotal	3'122'527'909	3'010'610'947
Aktive Rechnungsabgrenzungen	31.12.2017	31.12.2016
Abgrenzungen Liegenschaftsabrechnung	10'449'179	17'823'535
Marchzinsen auf Obligationen und Geldmarktanlagen	16'633'043	20'452'513
Übrige transitorische Aktiven	0	19'057
Total	27'082'222	38'295'105
Passive Rechnungsabgrenzungen	31.12.2017	31.12.2016
Abgrenzungen Liegenschaftsabrechnung	21'833'735	21'391'998
Übrige transitorische Passiven	3'440'386	3'305'247
Total	25'274'121	24'697'245

Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	2017	2016
<i>Ordentliche Beiträge</i>		
Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung		
Arbeitnehmerbeiträge ordentliche	114'234'348	110'280'851
Arbeitgeberbeiträge ordentliche	234'755'777	228'492'022
Arbeitnehmerbeiträge zugunsten Deckungsgrad	18'636'081	18'145'971
Arbeitgeberbeiträge zugunsten Deckungsgrad	57'827'005	61'014'113
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitnehmer	14'436'174	-17'743'836
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitgeber	1'442'002	416'130'371
Total	441'331'387	816'319'491
Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung		
Arbeitnehmerbeiträge ordentliche	21'844'863	21'524'565
Arbeitgeberbeiträge ordentliche	29'568'382	29'793'274
Arbeitgeberbeiträge zugunsten Deckungsgrad	2'192'602	71'120'389
Arbeitgeberbeiträge zugunsten Teuerungsfonds	1'269'617	1'274'831
Sanierungsbeiträge Arbeitnehmer	63'744	76'097
Sanierungsbeiträge Arbeitgeber	396'290	76'097
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitnehmer	4'179'481	-5'218'725
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitgeber	449'790	48'916'830
Total	59'964'769	167'563'358
Total ordentliche Beiträge	501'296'156	983'882'849
<i>Übrige Beiträge</i>		
Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung		
Einlagen in die Arbeitgeberbeitragsreserven	28'448	20'524'078
Entnahmen aus den Arbeitgeberbeitragsreserven zur Beitragsfinanzierung	-23'045'906	0
Total	-23'017'458	20'524'078
Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung		
Einlagen in die Arbeitgeberbeitragsreserven	713'078	9'062'561
Entnahmen aus den Arbeitgeberbeitragsreserven zur Beitragsfinanzierung	-26'158	-4'194'734
Total	686'920	4'867'827
Zuschüsse Sicherheitsfonds	2'072	3'389
Total übrige Beiträge	-22'328'466	25'395'294
Gesamttotal ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	478'967'690	1'009'278'143

Im 2016 leistete eine Vielzahl der Arbeitgeber im Rahmen der Umstellung vom Leistungs- zum Beitragsprimat Besitzstandseinlagen zugunsten der Aktivversicherten im Umfang von insgesamt CHF 462.9 Mio., was die Einmaleinlagen und Einkaufssummen entsprechend erhöhte. Im 2017 wurden keine Besitzstandseinlagen getätigt. Im Weiteren wurde bei den teilkapitalisierten Vorsorgewerken massgeblich von der Verwendung von Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht zwecks Zahlung von Arbeitgeberbeiträgen Gebrauch gemacht.

Eintrittsleistungen	2017	2016
<i>Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung</i>		
Freizügigkeitsleistungen	111'705'935	120'781'360
Einzahlungen WEF-Vorbezüge / Scheidungen	2'974'663	3'355'510
Total	114'680'598	124'136'870
<i>Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung</i>		
Freizügigkeitsleistungen	15'251'514	57'096'030
Einzahlungen WEF-Vorbezüge / Scheidungen	374'210	473'644
Total	15'625'724	57'569'674
Gesamttotal Eintrittsleistungen	130'306'322	181'706'544

Im 2017 sanken die Eintrittsleistungen deutlich um CHF 51.3 Mio. bzw. 28.3%, obwohl die Zahl der Aktivversicherten gegenüber dem Vorjahr um 479 angestiegen ist. Diese Entwicklung ist auf die Abnahme von internen Übertragungen um CHF 45.1 Mio. zurückzuführen.

Verwaltungsaufwand	2017	2016
Allgemeine Verwaltung: Personalkosten	3'417'850	3'801'802
Allgemeine Verwaltung: übriger Aufwand	2'155'612	2'259'210
Revisionsstelle und Experte für berufliche Vorsorge	188'999	323'542
Aufsichtsbehörden	55'975	31'288
Total Verwaltungsaufwand	5'818'436	6'415'843
<i>Verwaltungsaufwand pro Destinatär</i>		
Ohne Einrechnung sonstiger Ertrag / sonstiger Aufwand	150	168
Mit Einrechnung sonstiger Ertrag / sonstiger Aufwand	146	164

Mit der Umstellung der Pensionskasse vom Leistungs- auf das Beitragsprimat konnten 2016 die zugehörigen verwaltungstechnischen Arbeiten abgeschlossen werden. Entsprechend reduzierte sich 2017 der Verwaltungsaufwand pro Destinatär massgeblich um CHF 18 bzw. 10.7%.

Die Verwaltungskosten des Bereichs Vermögensanlagen (Personal und übriger Aufwand) sind in der Position «Vermögensverwaltungskosten» im Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage enthalten (siehe Ziffer 6.9).

Entschädigung der Organe

Die Organe der PKBS erhalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung durch die PKBS.

Entschädigung der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Anlageausschusses

Die Entschädigungen der zwölf Mitglieder des Verwaltungsrats, der sechs Mitglieder des Anlageausschusses und der durch diese zusammengesetzten Ausschüsse richten sich nach der Regelung «Entschädigung von Verwaltungsrat und Kommissionen». Die Entschädigung umfasst folgende Elemente:

- Jahresentschädigung pauschal
- Sitzungsgeld
- Aus- und Weiterbildung
- Spesen

Die Präsidien sowie die Vizepräsidien des Verwaltungsrats und des Anlageausschusses werden mit einer zusätzlichen Jahresentschädigung abgegolten. Der Vorsitz in weiteren Ausschüssen wird nicht zusätzlich pauschal entschädigt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden den Mitgliedern des Verwaltungsrats brutto TCHF 253 (Vorjahr: TCHF 241) und Mitgliedern des Anlageausschusses brutto TCHF 242 (Vorjahr: TCHF 201) an geldwerten Leistungen entrichtet.

Entschädigung der Mitglieder der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung der PKBS besteht aus vier Mitgliedern. Ihre Entlöhnung richtet sich nach dem Personalreglement der PKBS und erfolgt auf Jahreslohnbasis gemäss den Lohntabellen des Kantons Basel-Stadt. Boni werden keine entrichtet.

Die Lohnzahlungen ohne Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers an die Geschäftsleitungsmitglieder der PKBS umfassten im Geschäftsjahr 2017 brutto total TCHF 757 (Vorjahr: TCHF 774).

8 Auflagen der Aufsichtsbehörde

Für das Berichtsjahr liegen keine unerledigten Auflagen vor.

9 Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

9.1 Unterdeckung / Erläuterung der getroffenen Massnahmen

Im Berichtsjahr wurden die Aktivitäten im Zusammenhang mit Sanierungsmassnahmen weiter vorangetrieben und die laufenden Sanierungsvereinbarungen auf ihre Wirksamkeit überprüft. Bei vier Vorsorgewerken haben Sanierungsmassnahmen begonnen. Bei allen laufenden Sanierungsvereinbarungen konnten die Sanierungspfade eingehalten werden.

Mit den Arbeitgebern folgender angeschlossener Rentnervorsorgewerke konnte weiterhin keine Sanierungsvereinbarung getroffen werden:

- Bardusch AG
- Basler Kunstverein
- Bürgergemeinde – Bürgerratskanzlei
- Bürgergemeinde – Forstverwaltung
- Bürgergemeinde – Waisenhaus
- Bürgerspital Basel
- Kraftwerk Augst AG
- Merian Iselin Stiftung
- REHAB Basel AG
- SEHBEHINDERTENHILFE Basel
- Sportmuseum Schweiz
- Stiftung AHBasel
- Zoologischer Garten Basel AG

Das im Vorjahr in Auftrag gegebene Gutachten besagt, dass, gestützt auf die seit 1. Januar 2016 geltenden Rechtsgrundlagen, Arbeitgeber angeschlossener Vorsorgewerke verpflichtet werden können, Sanierungseinlagen zu leisten. In einem ersten Fall wurde im Berichtsjahr ein Klageverfahren eingeleitet.

9.2 Verwendungsverzicht des Arbeitgebers auf Arbeitgeberbeitragsreserven

Unverändert gegenüber dem Vorjahr bestehen für sieben Vorsorgewerke Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht von insgesamt CHF 11.5 Mio. (Vorjahr: CHF 11.0 Mio.).

Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht werden nicht verzinst und dienen der Reduktion der bestehenden Unterdeckung. Verbessert sich der Deckungsgrad des Vorsorgewerks so weit, dass auch ohne diesen Betrag eine 100%-Deckung erreicht ist, entfällt der Zusatz «mit Verwendungsverzicht». Die Beitragsreserve kann dann zur Begleichung von ordentlichen Arbeitgeberbeiträgen herangezogen werden.

Im 2017 erfolgten keine Umwidmungen von Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht in Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht.

9.3 Teil- und Totalliquidationen

Im Geschäftsjahr 2017 wurde das Vorsorgewerk TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sowie das Vorsorgewerk Erlen-Verein liquidiert.

9.4 Laufende Rechtsverfahren

Es bestehen keine laufende Rechtsverfahren, die für die PKBS substantielle Risiken beinhalten.

9.5 Besondere Geschäftsvorfälle und Vermögenstransaktionen

Im Berichtsjahr kam es zu keinen besonderen Geschäftsvorfällen und Vermögenstransaktionen.

10 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es sind keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag bekannt, die einen erheblichen Einfluss auf die Jahresrechnung haben.

11 Abkürzungen und Begriffe

Aktivversicherte	Erwerbstätige Versicherte
Altersguthaben BVG	Summe der jährlichen Altersgutschriften gemäss Bundesgesetz inkl. deren Verzinsung zum Mindestzinssatz.
Annualisiert	Auf einen Zeitraum von einem Jahr normiert (siehe <i>Volatilität</i>).
Arbeitgeber	Unternehmen, mit denen die PKBS einen Anschlussvertrag abgeschlossen hat (auch «Ange-schlossene Arbeitgeber» genannt).
Arbeitnehmende	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einen Arbeitsvertrag mit einem angeschlosse-nen Unternehmen haben.
Asset-Liability-Studie	Ziel einer Asset-Liability-Studie (asset = dt. Vermögensanlagen; liability = dt. versicherungs-technische Verbindlichkeiten/Vorsorgekapital) ist die Bestimmung einer Anlagestrategie, die optimal auf die Risikofähigkeit der Pensionskasse abgestimmt ist und die Renditeziele der Pensionskasse berücksichtigt.
Austrittsleistung	Auszahlungsbetrag bei Austritt aus der PKBS, bevor ein Vorsorgefall (Alter, Tod, Invalidität) eingetroffen ist. Die Austrittsleistung entspricht dem Sparkapital inkl. dem Sparkonto vor-zeitige Pensionierung, mindestens jedoch der Mindestleistung gemäss Art. 17 des Freizü-gigkeitsgesetzes bzw. mindestens dem BVG-Altersguthaben.
Beitragsprimat	Die Höhe der Altersleistung wird grundsätzlich vom Umfang des aus den jeweiligen indivi-duellen Beiträgen angesparten und verzinsten Kapitals bestimmt.
Benchmark	Vergleichskriterium/Messlatte für die erzielte Performance
Berichtsjahr	Entspricht dem Geschäftsjahr
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 18. April 1984
BVG-Registrierung	Eintrag in das Register für die berufliche Vorsorge. Einzutragen sind diejenigen Vorsorge-einrichtungen, die das Obligatorium gemäss BVG durchführen.
BVG-Zinssatz	Mindestzinssatz zur Verzinsung des BVG-Altersguthabens
Core-Satellite-Ansatz	Als Core-Satellite-Ansatz bezeichnet man im Portfoliomanagement die Aufteilung eines Portfolios auf eine breit diversifizierte Kerninvestition («Core»), die eine Grundrendite mit ausreichender Sicherheit bieten soll, und mehrere Einzelinvestitionen («Satellite») mit hö-herem Risiko und Renditepotenzial, die zur Renditesteigerung angehängt werden.
Deckungsgrade	Beschreibt das Verhältnis zwischen dem vorhandenen Nettovermögen und den Vorsorge-verpflichtungen in Prozenten. Es werden folgende Deckungsgrade unterschieden: <ul style="list-style-type: none"> · Deckungsgrad Gesamtkasse · Globaler Deckungsgrad · Deckungsgrad Aktivversicherte · Ausgangsdeckungsgrade

Der Deckungsgrad Gesamtkasse entspricht dem der PKBS als Sammeleinrichtung.

Der globale Deckungsgrad entspricht dem Verhältnis zwischen dem Nettovermögen und den Vorsorgeverpflichtungen eines Vorsorgewerks, unter Berücksichtigung all seiner Des-tinatäre, während der Deckungsgrad Aktivversicherte nur das Nettovermögen und nur die Vorsorgeverpflichtungen berücksichtigt, denen die Aktivversicherten angehören.

Die Unterscheidung zwischen globalem Deckungsgrad und Deckungsgrad Aktivversiche-ter sowie die zugehörigen Ausgangsdeckungsgrade sind nur für Vorsorgewerke im System

der Teilkapitalisierung von Bedeutung. Letztere umfassen die auf den 1. Januar 2012 berechneten beiden vorgenannten Deckungsgrade.

Destinatäre	Aktivversicherte und Rentenbeziehende der PKBS
Direktanlagenquote	Die Direktanlagenquote gibt Auskunft darüber, welcher Prozentsatz der Vermögensanlagen in Direktanlagen investiert ist.
Enhanced-Ansatz	Anlageansatz, der dem passiven Management ähnlich ist. Der Portfoliomanager hat die Möglichkeit, von der definierten Benchmark (Index) gewisse Abweichungen vorzunehmen und dadurch eine Optimierung zu erreichen.
ESG	ESG steht für Environment Social Governance (Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungskriterien). Der Begriff drückt aus, ob und wie bei Entscheidungen von Unternehmen und der unternehmerischen Praxis sowie bei Firmenanalysen von Finanzdienstleistern ökologische und sozial-gesellschaftliche Aspekte sowie die Art der Unternehmensführung beachtet bzw. bewertet werden.
Freizügigkeitsleistung	Siehe <i>Austrittsleistung</i>
Geschäftsjahr	Auch <i>Berichtsjahr</i> genannt
Geschlossene Bestände	Angeschlossene Arbeitgeber mit Anschlussvertrag, wobei keine Neueintritte möglich sind
Indirekte Kosten bzw. indirekter Ertrag gemäss Weisung OAK BV	Gemäss Art. 48a BVV2 und der Weisung der OBERAUFSICHTSKOMMISSION BERUFLICHE VORSORGE (OAK BV) müssen die Kosten von kostentransparenten Kollektivanlagen, zusammen mit den restlichen Vermögensverwaltungskosten, in der Betriebsrechnung ausgewiesen werden. Gleichzeitig sind die Erträge der jeweiligen Anlagekategorien um die Kosten dieser transparenten Kollektivanlagen zu erhöhen.
Intransparente Kollektivanlagen	Als Kollektivanlagen gelten Vermögen, die von Anlegern zur gemeinschaftlichen Vermögensanlage eingebracht und für deren Rechnung verwaltet werden. Als kostenintransparent gelten alle Vermögensanlagen, für welche die Einrichtung (Fonds) TER-Kosten sowie Steuer- und Transaktionskosten (TTC) nicht vollständig ausweist. TER (auch Gesamtkostenquote) ist eine Kennzahl, die Aufschluss darüber gibt, welche Kosten bei einem Investmentfonds jährlich zusätzlich zum Ausgabeaufschlag anfallen.
Kostentransparenzquote	Die Kostentransparenzquote gibt Auskunft darüber, welcher Prozentsatz der Vermögensanlagen in kostentransparenten Kapitalanlagen investiert ist.
Offene Bestände	Angeschlossene Arbeitgeber mit Anschlussvertrag, wobei Neueintritte von Aktivversicherten möglich sind.
Ökonomisches Exposure	Das ökonomische Exposure gibt an, welches Engagement mit einem Portfeuille eingegangen wird. Dazu werden die derivativen Instrumente mit ihren Basisinstrumenten «gleichnamig» gemacht, was die Aggregation aller Positionen innerhalb einer Anlagekategorie erlaubt.
Performance	Ausdruck für die Wertentwicklung (Wertzuwachs oder Wertverminderung) von Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der Ertragsausschüttungen und Kursveränderungen.
Senior Secured Loans	Senior Secured Loans sind Kredite an Unternehmen. Sie werden von einem Bankenkonsortium an Unternehmen vergeben und sind auf dem Sekundärmarkt handelbar. Da die Loans besichert (Secured) sind und vorrangig (Senior) behandelt werden, kann im Konkursfall mit einer höheren Rückzahlungsquote gerechnet werden als bei normalen Anleihen gleicher Bonität. Senior Secured Loans haben geringe Zinsänderungsrisiken.
Securities Lending	Ausleihen von Wertpapieren auf bestimmte oder unbestimmte Frist gegen Erhalt einer Kommission. Das wirtschaftliche Eigentum (Nutzniessung) verbleibt beim Ausleiher, dieser bezieht bis zum Abschluss der Transaktion Zinsen und Dividenden.
Swiss GAAP FER	Fachempfehlungen zur Rechnungslegung. Die Fachempfehlung Nr. 26 (Swiss GAAP FER 26) legt für alle Vorsorgeeinrichtungen verbindliche Rechnungslegungsnormen fest. Die Verwendung von Swiss GAAP FER 26 ist im BVG vorgeschrieben.

System der Teilkapitalisierung	<p>Mit der Revision der bundesrechtlichen Bestimmungen bezüglich der Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften (siehe Art. 72a–72g BVG) wurde ein neues Ausfinanzierungsmodell geschaffen. So hatten öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, die beim Inkrafttreten der Änderung am 1. Januar 2012 die Anforderungen einer Vollkapitalisierung nicht erfüllten, die Möglichkeit, der zuständigen Aufsichtsbehörde zu deklarieren, ob sie das System der Teilkapitalisierung wählen möchten.</p> <p>Die Pensionskasse Basel-Stadt hat für sieben Vorsorgewerke das System der Teilkapitalisierung gewählt. Diese Vorsorgewerke müssen demnach nicht vollständig ausfinanziert sein, sondern haben sicherzustellen, dass sie nach spätestens 40 Jahren (entspricht einer Erwerbsgeneration) ausfinanziert sind. Zwecks Sicherstellung dieser Ausfinanzierung dürfen aber im System der Teilkapitalisierung geführte Vorsorgewerke die per 1. Januar 2012 definierten Ausgangsdeckungsgrade (globaler Ausgangsdeckungsgrad und Ausgangsdeckungsgrad Aktivversicherte) nicht unterschreiten. Andersfalls muss die Vorsorgeeinrichtung Sanierungsmassnahmen einleiten (Art. 72e BVG).</p> <p>Gemäss Art. 72f BVG i.V.m. Paragraph 6 Abs. 2 des Pensionskassengesetzes vom 4. Juni 2014 (PKG) wechselt ein teilkapitalisiertes Vorsorgewerk in die Vollkapitalisierung, sofern es einen Deckungsgrad von mindestens 116% erreicht. Sollte zum Zeitpunkt der Erreichung dieses Deckungsgrades vom Verwaltungsrat eine höhere Wertschwankungsreserve vorgesehen sein, so ist der höhere Wert massgebend. Eine entsprechende Umklassierung erfolgt stets per Jahresabschluss.</p>
Technische Rückstellungen	<p>Versicherungstechnische Rückstellungen dienen primär zur Absicherung von Risikoschwankungen und zur Vorfinanzierung der Zunahme der Lebenserwartung.</p>
Technischer Zinssatz	<p>Der technische Zinssatz ist ein langfristig ausgerichteter Zinssatz, der für versicherungstechnische Berechnungen wie z.B. die Berechnung des Umwandlungssatzes sowie der Rentenbarwerte massgebend ist (Diskontsatz für die künftigen Rentenzahlungen).</p>
Teilkapitalisierungsanteil	<p>Vorsorgewerke im System der Teilkapitalisierung verfügen über einen Teilkapitalisierungsanteil. Dieser entspricht 20% des Vorsorgekapitals und der technischen Rückstellungen.</p> <p>Der Teilkapitalisierungsanteil ist eine negative Verbindlichkeit (Minuspассивum), die ermöglicht, dass Vorsorgewerke im System der Teilkapitalisierung ab einem Deckungsgrad von 80% Wertschwankungsreserven führen. Entsprechend liegt bei einem Deckungsgrad ab 80% auch keine Unterdeckung vor.</p>
Umwandlungssatz	<p>Der Umwandlungssatz ist eine Prozentzahl, die das Sparkapital einer aktivversicherten Person in eine lebenslange Altersrente umwandelt. Je höher der Umwandlungssatz ist, desto höher ist die Rente.</p>
Unterdeckung	<p>Eine Unterdeckung besteht, wenn am Bilanzstichtag das nach anerkannten Grundsätzen durch den Experten für berufliche Vorsorge berechnete versicherungstechnisch notwendige Vorsorgekapital nicht durch das dafür verfügbare Vorsorgevermögen (Aktiven zu Marktwerten abzüglich kaufmännische Verbindlichkeiten) gedeckt ist.</p> <p>Bei Vorsorgewerken im System der Teilkapitalisierung besteht dann eine Unterdeckung, wenn folgende per 1. Januar 2012 definierten Ausgangsdeckungsgrade unterschritten werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) der globale Deckungsgrad und/oder (b) der Deckungsgrad der Aktivversicherten
Vorsorgekapital	<p>Das Vorsorgekapital ist das benötigte Kapital, um die gegenüber den Versicherten eingegangenen reglementarischen Verpflichtungen finanzieren zu können.</p>
Volatilität	<p>Die Volatilität ist ein Risikomass, das angibt, wie stark die absoluten Werte durchschnittlich um ihren Mittelwert schwanken. Im Bereich der Vermögensanlagen werden Volatilität und Risiko als Synonyme verwendet.</p>
Wertschwankungsreserven	<p>Reserven, die zur Absicherung von Wert- und Renditeschwankungen auf dem Vermögen dienen. Sie haben einen Glättungseffekt und tragen dazu bei, eine Unterdeckung zu verhindern.</p>

Bericht der Revisionsstelle



Ernst & Young AG
Aeschengraben 9
Postfach
CH-4002 Basel

Telefon: +41 58 286 86 86
Fax: +41 58 286 86 00
www.ey.com/ch

An den Verwaltungsrat der
Pensionskasse Basel-Stadt, Basel

Basel, 25. April 2018

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung der Pensionskasse Basel-Stadt, bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang, für das am 31. Dezember 2017 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, dem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz) und den Reglementen verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung einer internen Kontrolle mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung des Experten für berufliche Vorsorge

Für die Prüfung bestimmt der Verwaltungsrat neben der Revisionsstelle einen Experten für berufliche Vorsorge. Dieser prüft periodisch, ob die Vorsorgeeinrichtung Sicherheit dafür bietet, dass sie ihre Verpflichtungen erfüllen kann und ob die reglementarischen versicherungstechnischen Bestimmungen über die Leistungen und die Finanzierung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Für die für versicherungstechnische Risiken notwendigen Rückstellungen ist der aktuelle Bericht des Experten für berufliche Vorsorge nach Art. 52e Abs. 1 BVG in Verbindung mit Art. 48 BVV 2 massgebend.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer die interne Kontrolle, soweit diese für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrolle abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.



Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2017 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz, dem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt und den Reglementen.

Die Jahresrechnung der Pensionskasse Basel-Stadt für das am 31. Dezember 2016 abgeschlossene Geschäftsjahr wurde von einer anderen Revisionsstelle geprüft, die am 24. Mai 2017 ein nicht modifiziertes Prüfungsurteil zu diesem Abschluss abgegeben hat.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher und anderer Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung (Art. 52b BVG) und die Unabhängigkeit (Art. 34 BVV 2) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

Ferner haben wir die weiteren in Art. 52c Abs.1 BVG und Art. 35 BVV 2 vorgeschriebenen Prüfungen vorgenommen. Der Verwaltungsrat ist für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und die Umsetzung der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zur Organisation, zur Geschäftsführung und zur Vermögensanlage verantwortlich.

Wir haben geprüft, ob

- ▶ die Organisation und die Geschäftsführung den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen entsprechen und ob eine der Grösse und Komplexität angemessene interne Kontrolle existiert;
- ▶ die Vermögensanlage den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen entspricht;
- ▶ die Alterskonten den gesetzlichen Vorschriften entsprechen;
- ▶ die Vorkehren zur Sicherstellung der Loyalität in der Vermögensverwaltung getroffen wurden und die Einhaltung der Loyalitätspflichten sowie die Offenlegung der Interessenverbindungen durch das oberste Organ hinreichend kontrolliert wird;
- ▶ im Falle einer Unterdeckung die Vorsorgeeinrichtung die erforderlichen Massnahmen zur Wiederherstellung der vollen Deckung eingeleitet hat;
- ▶ die vom Gesetz verlangten Angaben und Meldungen an die Aufsichtsbehörde gemacht wurden;
- ▶ in den offen gelegten Rechtsgeschäften mit Nahestehenden die Interessen der Vorsorgeeinrichtung gewahrt sind.

Wir bestätigen, dass die diesbezüglichen anwendbaren gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften eingehalten sind.

Hervorhebung von Sachverhalten

Das Vorsorgewerk Bereich Staat sowie sechs weitere Vorsorgewerke der Pensionskasse Basel-Stadt werden im System der Teilkapitalisierung geführt. Aufgrund der Deckungsgradentwicklung sind keine Sanierungsmassnahmen einzuleiten (Ziffer 5.10 des Anhangs der Jahresrechnung). Einzelne Vorsorgewerke angeschlossener Arbeitgeber, welche im System der Vollkapitalisierung geführt werden, befinden sich in Unterdeckung. Wir verweisen auf die Erläuterung der getroffenen Massnahmen unter Ziffer 9.1 des Anhangs der Jahresrechnung.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ernst & Young AG



Patrik Schaller
Zugelassener Revisionsexperte
(Leitender Revisor)



Marco Schmid
Zugelassener Revisionsexperte

